

Erfolge der Rechten – Defizite der Linken?

**Eine Studie zur Entwicklung rechtsliberaler,
rechtskonservativer und rechtspopulistischer
Parteien in Westeuropa**

Verfasst im Auftrag
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
von
Tanja Binder

Überarbeitete Fassung
Berlin, März 2009

Inhalt

Die Dominanz rechter Parteien in Westeuropa	3
Rechte Parteien – woher sie kommen und was sie eint.....	7
Herausforderungen an liberale wie konservative Parteien	9
Die „Neuen“: Rechtspopulistische Parteien	11
Die Wählerbasis rechter Parteien	14
Die soziale Basis rechter Parteien.....	22
Die programmatische Erneuerung der politischen Rechten.....	27
Der Staat als Garant der Sicherheit.....	31
Die Reaktionen auf die ökonomische Krise	35
Die Revitalisierung christlicher Werte und der nationalen Identität.....	39
Demokratie als Herrschaftsinstrument	44
Der neue rechte Wertekanon	48
Die Strategien rechter Parteien.....	49
Neue Organisationsstrukturen.....	50
Die neuen politischen Bündnispartner	52
Wichtige gesellschaftliche Bündnispartner rechter Parteien.....	55
Medien – Partner oder Opfer?	57
Die Gründe für die Dominanz der politischen Rechten	60
Weiterführende Literatur	64

Die Dominanz rechter Parteien in Westeuropa

Im Laufe der 1990er Jahre erlebte die politische Rechte in Europa einen Aufschwung. Bei Wahlen konnten in fast allen Ländern Westeuropas Parteien des rechten Lagers deutliche Zugewinne verzeichnen. Zusammen mit Parteien vom rechten Rand, wie rechtspopulistischen Parteien, vereinen moderate rechte, konservative und liberale, Parteien in vielen westeuropäischen Ländern die Mehrheit der Stimmenanteile auf sich und stellen zusammen die parlamentarischen Mehrheiten.¹ Die größten Wahlerfolge verzeichnete das rechte Lager in den letzten zehn Jahren in Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Auch das Europaparlament wird seit 1999 von der Europäischen Volkspartei und einer klaren Mehrheit des rechten Lagers beherrscht. An den meisten westeuropäischen Regierungen sind derzeit Parteien des rechten Lagers beteiligt.

Im Gegenzug befinden sich die einst großen und in vielen Ländern dominanten sozialdemokratischen Parteien in einem Sinkflug oder haben sich auf weit geringerem Niveau hinsichtlich der Wählerunterstützung konsolidiert. Ähnliches gilt für kommunistische und sozialistische Parteien. Der Niedergang der französischen und italienischen Kommunisten, die noch in den 1980er Jahren die größten Parteien der Linken Westeuropas waren, steht exemplarisch dafür. Nur in wenigen Ländern gibt es gegenteilige Beispiele wie die Socialistisk Folkeparti in Dänemark oder die

¹ Unter dem Begriff rechte Parteien werden im Folgenden liberale, konservative und rechtspopulistische Parteien zusammengefasst. Nach Norbert Bobbio lassen sich linke und rechte Parteien am besten hinsichtlich ihrer Überzeugungen zu Gleichheit und Ungleichheit unterscheiden. Wobei linke Überzeugungen von der grundsätzlichen Gleichheit der Menschen ausgehen und soziale Ungleichheit einer starken Legitimation bedarf, während rechte Überzeugungen von der grundsätzlichen Ungleichheit ausgehen. Zitiert nach Fuhse, Jan A.: Links oder rechts (oder ganz wo anders)? Zur Konstruktion der politischen Landschaft. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, 33 (2): 209-226.

In der Untersuchung werden nur rechte Parteien berücksichtigt, die in den letzten 15 Jahren mehrfach in den nationalen Parlamenten vertreten waren oder maßgeblichen Einfluss auf den Parteienwettbewerb hatten. In den drei Ländern, Österreich, Frankreich und Italien, die im Folgenden exemplarisch behandelt werden, werden die Parteien folgendermaßen verortet: Konservative Parteien sind die Österreichische Volkspartei, die Union pour un Mouvement Populaire und Forza Italia (aufgrund ihrer starken populistischen und wirtschaftsliberalen Komponenten mit Einschränkung); rechtspopulistische Parteien sind die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft Österreich, der Front National (mit stark rechtsextremer Komponente) und Lega Nord (mit regionalistischer Ausrichtung); liberale Parteien sind das Liberale Forum, Union pour la démocratie Française bzw. die Nachfolgeorganisation Mouvement Démocrate.

Linkspartei in Deutschland, denen bei den letzten Wahlen die Ausweitung ihrer Wählerbasis gelang.

Wie stark sich die Machtverhältnisse innerhalb des rechten Lagers verändert haben, bezeugen Fälle wie Italien und Frankreich, wo sich die heute erfolgreichsten rechten Parteien neu formierten. In Italien kam es nach dem Zusammenbruch des Parteiensystems und dem Verschwinden der Democrazia Christiana (DC) zu einer Neuformierung der Rechten, woraus Berlusconi's Forza Italia als dominante Kraft im rechten Lager hervorging. In Frankreich trat an die Stelle eines in den 1990er Jahren von der Zersplitterung geschwächten rechten Lagers mit der Union pour un Mouvement Populaire (UMP) eine neue politische Kraft, die seit 2002 sowohl die Stimmen- wie Mandatsmehrheit und das Präsidentenamt innehat. In anderen Ländern mussten sich die großen Traditionsparteien des rechten Lagers wie die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) oder die liberalen und konservativen Parteien in der Schweiz, in Dänemark, den Niederlande oder Norwegen mit neuen Herausforderern, die ihnen Wählerstimmen streitig machten, auseinandersetzen. Rechtspopulistischen Parteien wie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der Schweizer Volkspartei (SVP) oder der norwegischen Fortschrittspartei (FrP) gelang es aufgrund ihrer großen Mobilisierungserfolge mitunter die Dominanz konservativer und liberaler Parteien im rechten Lager zu brechen. Bis heute haben rechtspopulistische Parteien in vielen Ländern die Parteiensysteme stark verändert und einerseits die Vorherrschaft etablierter sozialdemokratischer, liberaler oder konservativer Parteien in Frage gestellt, aber andererseits zugleich die Dominanz der politischen Rechten befördert. Herausragende Beispiele dafür sind Österreich, Dänemark und die Schweiz. In Österreich konnte die FPÖ in den 1990er Jahren relevante Stimmenanteile gewinnen und die Regierungsbildung beeinflussen. In Dänemark wurde die Dansk Folkeparti (DF) 2001 zweitstärkste Kraft im rechten Lager und unterstützte zeitweise die liberal-konservative Minderheitsregierung. Die Schweizer Volkspartei wurde 2003 stärkste Partei und brachte die verfassungsmäßig festgeschriebene Konsensregierung ins Wanken.²

Die Erfolge rechter Parteien auf elektoraler, parlamentarischer und gouvernementaler Ebene zeugen von einer neuen Dominanz der politischen Rechten

² Unter <http://www.parties-and-elections.de/> können Wahlergebnisse aller europäischen Länder über lange Zeiträume abgerufen werden.

in Westeuropa. Diese Dominanz ist allerdings in den wenigsten Fällen ungeteilt und es handelt sich keineswegs nur um eine Verschiebung von Stimmenanteilen zwischen Parteien des linken und rechten Lagers. Auch unter den rechten Parteien gab es große Veränderungen und Machtverschiebungen. Die traditionell großen, zumeist konservativen oder liberalen Parteien der Rechten haben die Veränderungen der Parteiensysteme nur bedingt unbeschadet überstanden.

Auch unter den rechten Parteien verfügen die wenigsten alleine über die parlamentarische Mehrheit, die konservativen Parteien Frankreichs und Griechenlands ausgenommen. In allen anderen Ländern sind auch die größeren Parteien des rechten Lagers auf Bündnis- und Koalitionspartner angewiesen. In Italien, Dänemark und Schweden sind derzeit Koalitionen unterschiedlicher Parteien des rechten Lagers an der Macht. In anderen Ländern, wie Österreich, Deutschland und den Niederlanden sind konservative Parteien in großen Koalitionen mit den Sozialdemokraten an der Regierung. Lediglich Norwegen, Spanien und Portugal werden von sozialdemokratischen Parteien oder mitte-links Bündnissen regiert. Die zum Teil neuen Bündnisse und Koalitionen, insbesondere unter Parteien der Rechten zeigen, dass sich auch hinsichtlich der Kooperationsbeziehungen die Parteiensysteme verändert haben.

Aktuelle Regierungszusammensetzungen in westeuropäischen Ländern

Land	Amtsantritt	Regierung
Belgien	2007	Große Koalition sozialdemokratischer, konservativer, liberaler Parteien
Dänemark	2007	Liberal-konservative Minderheitenregierung
Deutschland	2005	Große Koalition sozialdemokratischer und konservativer Parteien
Frankreich	2007	Konservative Regierung
Griechenland	2007	Konservative Regierung
Großbritannien	2005	Sozialdemokratische Regierung
Irland	2007	Konservativ-liberal-grüne Regierung
Italien	2008	Koalition konservativer, liberaler, rechtspopulistischer und postfaschistischer Parteien
Niederlande	2006	Große Koalition sozialdemokratischer und konservativer Parteien
Norwegen	2005	Mitte-links-Koalition
Österreich	2008	Große Koalition sozialdemokratischer und konservativer Parteien
Portugal	2005	Sozialdemokratische Regierung
Schweden	2006	Liberal-konservative Koalition
Spanien	2004	Sozialdemokratische Minderheitsregierung

Diese Entwicklungen geben einen Hinweis darauf, dass es sich bei den Wahlerfolgen rechter Parteien nicht um einen rein zyklischen Effekt des Wechsels von Mehrheiten, zwischen Opposition und Regierung, handelt, sondern dass rechte Parteien tiefgreifende Veränderungen durchlaufen haben, die zu ihrem Erfolg beigetragen haben. Denn nicht nur die Mehrheitsverhältnisse haben sich zugunsten rechter Parteien verschoben, sondern grundlegendere Veränderungen der Parteiensysteme und einzelner Parteien haben stattgefunden: Die Anzahl und Stärke der Parteien hat sich durch das Emporkommen neuer politischer Kräfte verändert. Die Beziehungen zwischen den Parteien, die Koalitions- und Bündnisstrategien haben sich gewandelt. Der Erfolg von rechtspopulistischen Parteien, aber auch der französischen UMP und Berlusconi's Forza Italia zeigt, dass es sich bei den erfolgreichsten rechten Parteien, um Parteien handelt, die neu gegründet wurden oder eine grundlegende Neuausrichtung erfahren haben. Das deutet sich in neuen Organisationsformen sowie geänderten Bündnis- und Koalitionsstrategien an, was auch für eine Erneuerung der Mobilisierungsstrategien und programmatischen Profilen spricht.

Aus diesem Grund drängt sich die Frage auf was die liberalen, konservativen und rechtspopulistischen Parteien auszeichnet und was die Gründe für ihren Erfolg sind? Welche Schlüsse können daraus hinsichtlich der Frage gezogen werden, wo Kritik und Handeln linker Parteien mit Ziel eines politischen Richtungswechsels ansetzen kann. Dazu werden generelle Entwicklungstrends anhand der vier folgenden Fragenkomplexe herausgearbeitet:

1. Was zeichnet liberale, konservative und rechtspopulistische als rechte Parteien aus? Gibt es einen gemeinsamen ideologischen Kern der „Rechten“?
2. Wie ist die elektorale Basis liberaler, konservativer und rechtspopulistischer Parteien zusammengesetzt? Zeichnet sich die Wählerschaft dieser Parteien durch bestimmte Merkmale aus?
3. Welches sind die maßgeblichen politischen Ziele und Themen der Rechten? Welches Staats- und Demokratieverständnis und was für ein Gesellschaftsbild vertreten rechte Parteien und wie schlägt sich das in ihrem Regierungshandeln nieder?

4. Welche Strategien, organisatorischen und gesellschaftlichen Ressourcen sowie Bündnis- und Koalitionsstrategien, haben zu ihrem Erfolg beigetragen?

Die folgende Untersuchung zielt vor allen Dingen darauf ab wesentliche Entwicklungstrends darzustellen, wobei auf Einzelfälle exemplarisch Bezug genommen wird.

Rechte Parteien – woher sie kommen und was sie eint

Die Ausbildung von Parteien und Parteiensystemen ist immer Ausdruck gesellschaftlicher Interessenkonflikte. Zu den prägendsten Konflikten gehörten in Westeuropa der sozio-ökonomischen Konflikt von Kapital und Arbeit, der Konflikt zwischen Säkularismus und Religion oder verschiedenen konfessionellen Gruppen, sowie der territoriale Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie. Entlang dieser Konfliktlinien bildeten sich einerseits säkulare, anti-kapitalistische politische Kräfte wie kommunistische und sozialistische Parteien heraus. Auf der anderen Seite entstanden pro-kapitalistische politische Kräfte, vor allem konservative Parteien, die an traditionellen Werten und Ordnungssystemen festhielten und christdemokratische Parteien, die sich an religiösen Werten orientierten sowie säkulare, liberale Parteien. Parteien, die sich nicht nur hinsichtlich ihrer ideologischen Orientierung, sondern auch aufgrund ihrer sozialen Basis deutlich voneinander unterschieden.

Zwei wesentliche Strömungen beherrschten die Ausbildung rechter Parteien in Westeuropa in der Nachkriegszeit: der Liberalismus und der Konservatismus. In den meisten westeuropäischen Ländern gehörten liberale und konservative Parteien zu festen Bestandteilen der Parteiensysteme. Große Parteien, die einer dieser Strömungen zuzurechnen waren, dominierten bis in die 1970er und 1980er Jahre viele Parteiensysteme. In Frankreich die gaullistische Partei, in Italien die christdemokratische DC, in Deutschland die CDU/CSU. In anderen Ländern war die Dominanz weniger stark ausgeprägt, aber auch dort spielten konservative oder liberale Parteien eine maßgebliche Rolle bei der Konkurrenz um Wählerstimmen, um Mandate und um die Regierungsmacht. Liberale und konservative Parteien standen dabei auch immer in einem Konkurrenzverhältnis, auch wenn sie zur Regierungsbildung häufig kooperiert haben.

Historisch bildeten Liberalismus und Konservatismus zunächst Gegenpole was sich bis heute in den ideologischen Wurzeln der Parteien zeigt. Der Konservatismus

zeichnete sich durch das Festhalten an traditionellen Normen und Ordnungssystemen aus, der die Familien als Keimzelle der Gesellschaft und einen starken Staat als notwendiges Ordnungsinstrument ansah. Dagegen stellte der Liberalismus das Individuum und individuelle Rechte, insbesondere Freiheitsrechte in den Mittelpunkt, woraus sich marktliberale Positionen und ein minimalistisches Staatsverständnis ableiteten.

Zu den großen konservativen Parteien in Westeuropa können auch die Parteien christdemokratischer Prägung gezählt werden, deren ideologisches Fundament christliche Werte und daraus erwachsene Traditionen sind. Diese Parteien gehörten in Deutschland, Italien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz zu den wichtigsten Parteien des rechten Lagers. Von den liberalen Parteien haben sich nur wenige wie die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) in der Schweiz als dominante politische Kräfte durchsetzen können. Viel häufiger kam ihnen, wie in Deutschland, die Rolle des „kleineren Koalitionspartners“ zu, womit von ihnen aber oftmals mehr Einfluss auf die Politik ausging als es ihre elektorale und parlamentarische Stärke vermuten ließ.

In ihrer reinen Form finden sich die beiden politischen Strömungen längst nicht mehr in den Parteien wieder. Vielmehr kam es in einigen Grundfragen zu einer Annäherung. Schließlich wurde die Ausbildung der Parteien und Parteiensysteme Westeuropas nicht nur von ideologischen Strömungen beeinflusst, sondern auch von anderen Faktoren. Historische Zäsuren, wie der Faschismus und Nationalsozialismus, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wie die Sozialstruktur und die dominanten gesellschaftlichen Konfliktlinien, sowie die institutionellen Rahmenbedingungen prägten auch die Parteien, die ihre ideologischen Grundlagen diesen Gegebenheiten anpassten. Ein Beispiel hierfür ist die Akzeptanz formaler, demokratischer Grundsätze durch nahezu alle Parteien. Zum anderen mussten sich auch rechte Parteien immer wieder veränderten Rahmenbedingungen, wie der Erosion traditioneller Wählermilieus oder politischen Veränderungen, anpassen und ihre Positionen wie Strategien neu ausrichten, wie das Beispiel der Öffnung christdemokratischer Parteien zu nicht religiös geprägten Wählerschichten zeigt.

Dabei beeinflussten sich liberale und konservative Parteien auch gegenseitig. Vor allem konservative Parteien haben in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts

verstärkt liberale Ideen aufgegriffen. Am nachhaltigsten beeinflussten liberale Ideen die wirtschaftspolitischen Positionen konservativer Parteien. Im Unterschied zu liberalen hielten konservative Parteien aber meist an einem mittelstands- und familienorientierten Wohlfahrtsstaatsmodell und damit an einem Gesellschaftsentwurf mit traditionellen Lebensentwürfen sowie Rollenverteilungen fest. In der jüngeren Vergangenheit haben sich viele konservative Parteien immer stärker dem Wertekonservatismus verschrieben.³ Liberale Parteien haben sich ebenfalls gewandelt und sich entweder stärker konservativen Gesellschaftsentwürfen genähert, das heißt vor allem eine stärker wertkonservative Haltungen angenommen, oder eine stärker sozial-liberale Ausrichtung erfahren.

Eine gemeinsame Schnittmenge fanden konservative und liberale Parteien in der Akzeptanz des kapitalistischen Wirtschaftsmodells, eines auf dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzips basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsbildes und der damit verbunden Akzeptanz von sozio-ökonomischer Ungleichheit. Wesentlich begünstigt hat die Ausbildung dieser Gemeinsamkeiten der Ost-West-Konflikt, die Existenz kommunistischer Regime und die gemeinsame Ablehnung eines sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsentwurfs durch liberale und konservative Parteien.

Herausforderungen an liberale wie konservative Parteien⁴

In den letzten dreißig Jahren gehörten zu den wesentlichen Herausforderungen, denen liberale und konservative Parteien gegenüberstanden, der Machtzuwachs sozialdemokratischer Parteien in den 1970er und 1980er Jahren und die programmatische Ausrichtung sozialdemokratischer Parteien an der Lissabon-Strategie seit Ende der 1990er Jahre, die Erosion sozialstruktureller Milieus und damit auch ihrer traditionellen Wählerschaften, das Aufkommen neuer Parteien, vor allem in Form des Rechtspopulismus, und das Wegbrechen einer gemeinsamen

³ Der Wertekonservatismus, die Bewahrung traditioneller Werte rückte in den letzten Jahren bei konservativen Parteien wieder in den Vordergrund. Mit der Abgrenzung vom Strukturkonservatismus versuchten konservative Kräfte damit ihre Reformbereitschaft und -fähigkeit zu untermauern und Konservatismus mit Moderne zu verbinden.

⁴ Eine ausführliche Darstellung über die längerfristigen und jüngeren Veränderungen westeuropäischer Parteiensysteme für einzelne Länder bei Niedermayer, Oskar, Richard Stöss, und Melanie Haas: Die Parteiensysteme Westeuropas. Opladen 2006.

Klammer, des Anti-Kommunismus, durch den Zusammenbruch der sozialistischen Regime.

In den 1970er und 1980er Jahren kam es auch in den Ländern, die bislang von Parteien des rechten Lagers beherrscht wurden zu Machtwechseln. Sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien, die sich breiteren Wählerschichten geöffnet hatten, konnten erstmals Mehrheiten erringen und die Regierungsverantwortung übernehmen. Seither hatten aber sowohl die großen Parteien des rechten wie des linken Lagers einen starken Wählerschwund zu verzeichnen. Die demographische und sozioökonomische Entwicklung durch Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse ging einher mit der Erosion soziokultureller Milieus und veränderten das Wahlverhalten, politische Einstellungen und das Partizipationsverhalten nachhaltig. Die sozialstrukturelle Bindungskraft der etablierten Parteien ließ nach, ihre Stammwählerschaft und Mitgliederzahlen schrumpften, demgegenüber nahm der Anteil von Nicht- und WechselwählerInnen zu.

Das Aufkommen grüner Parteien einerseits und rechtspopulistischer Parteien andererseits seit den 1980er Jahren verstärkten die Erosion der großen etablierten Parteien noch erheblich. Davon waren sozialdemokratische wie konservative Parteien zunächst gleichermaßen betroffen. Während sich die neuen grünen Parteien in der Regel bei Stimmenanteilen zwischen fünf und zehn Prozent einpendelten, konnten rechtspopulistische Parteien größere Stimmenzuwächse erzielen und ihren Stimmenanteil zum Teil über 20 Prozent der Wählerstimmen steigern. Das Auftreten rechtspopulistischer Parteien führte in vielen Ländern zu großen Veränderungen innerhalb des rechten Lagers wie des gesamten Parteiensystems. Zum Teil handelte es sich um neu gegründete Parteien wie die Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen oder die Lega Nord in Italien. Zu den erfolgreichsten unter ihnen zählen aber lange bestehende Parteien, die sich neu ausgerichtet haben, wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die Schweizer Volkspartei (SVP). Mittlerweile sind rechtspopulistische Parteien in vielen Ländern feste Bestandteile der Parteiensysteme geworden, haben anderen rechten Parteien den Rang abgelassen und sind (potentielle) Bündnis- und Koalitionspartner. Einen Sonderfall bildet Italien, wo die Entwicklung des Parteiensystems durch einen starken Bruch gekennzeichnet wurde. Aufgrund einer großen Schmiergeldaffäre

(Tangentopoli) kam es Anfang der 1990er Jahre zu einer grundlegenden Neuformierung der Parteien und des Parteiensystems. Aus den Wahlen 1994 gingen die neu gegründete Forza Italia (FI), die postfaschistische Alleanza Nazionale (AN) und die rechtspopulistische Regionalpartei Lega Nord (LN) als die neuen maßgeblichen Kräfte im rechten Lager hervor, die seither wiederholt die Regierung stellten. Die italienischen Sozialdemokraten, aber noch mehr die Kommunisten haben seither größte Schwierigkeiten dem Rechtsbündnis um Silvio Berlusconis Forza Italia etwas entgegen zu setzen.

Die Entwicklungen seit 1990, die zunächst vor allem kommunistische Parteien betrafen, ließen auch die Parteien der Rechten nicht unberührt. Ihnen war gewissermaßen ihr gemeinsames Feindbild weggebrochen, dass oftmals einende Wirkung hatte. Der „Anti-Kommunismus“ hatte seine Zugkraft verloren, nicht nur weil die kommunistischen Regime in Osteuropa zusammengebrochen waren, sondern auch weil sich inzwischen die meisten sozialdemokratischen Parteien programmatisch erneuert und geöffnet hatten, was mit der Akzeptanz der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einherging. Die Ausrichtung sozialdemokratischer Parteien an der Lissabon-Strategie seit 2000, womit diese sich einem europäischen wissens- und innovationsbasierten Wirtschaftsmodell und den Prinzipien Wettbewerb und Wachstum verpflichteten, verstärkte die Konvergenz zwischen den Parteien auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet weiter. Wodurch einerseits das Konkurrenzverhältnis zwischen moderat-rechten und sozialdemokratischen Parteien intensiviert wurde und linke, kommunistische und sozialistische, Parteien weiter an den Rand des politischen Spektrums gedrängt wurden. Dennoch haben es konservative und liberale Parteien oftmals besser verstanden sich diesen neuen Bedingungen durch strategische und programmatische Adaptionen anzupassen, was ihre Wahlergebnisse und Regierungsbeteiligungen zeigen. Allerdings verweisen die Erfolge rechtspopulistischer Parteien und die Machtverschiebungen zwischen rechten Parteien auch darauf, dass liberale und konservative Parteien sich neu orientieren und ausrichten mussten, um zu bestehen.

Die „Neuen“: Rechtspopulistische Parteien

Für die traditionellen Parteien der Rechten stellten die Erfolge rechtspopulistischer Parteien die größte Herausforderung dar. Diese machten ihnen nicht nur

Wählerinnen und ihren Rang streitig, sondern beeinflussten auch die politische Tagesordnung stark. Die Gründe für den nahezu flächendeckenden Erfolg und die Mobilisierungserfolge im Einzelnen sind vielschichtig. Für das flächendeckende Auftreten rechtspopulistischer Parteien in den letzten zwei Jahrzehnten werden Modernisierungsprozesse verantwortlich gemacht, die das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat nachhaltig verändert haben. Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, vor allem der ökonomische Wandel und die fortschreitende Individualisierung, bildeten einen günstigen Nährboden für rechtspopulistische Parteien. Die negativen Folgen der Modernisierungsprozesse wurden von Rechtspopulisten aufgegriffen und damit konnten sie die zunehmenden Status- und Verlustängste in der Bevölkerung für sich nutzen. Weitere günstige Voraussetzungen für das Entstehen und den Erfolg neuer Parteien im Zuge dieser Modernisierungsprozesse begünstigten den Erfolg rechtspopulistischer Parteien:

Durch die Aufweichung traditioneller Milieus hat die sozialstrukturelle Bindungskraft der etablierten Parteien nachgelassen. Wechselwahlbereitschaft und Wahlenthaltung haben zugenommen und immer mehr Wählerinnen haben sich von den traditionellen Parteien abgewendet. Die Zahl der ungebundenen Wählerinnen hatte dadurch deutlich zugenommen und ein erhebliches Wählerpotential für neue Parteien war entstanden. Gleichzeitig, hatte das Angebot etablierter Parteien für viele Wählerinnen an Attraktivität verloren, da offenbar ihr politisches Angebot neue Themen und Problemlagen nur unzureichend reflektierte. Die ideologische Konvergenz der großen Parteien wurde zumindest in der Wahrnehmung vieler Wählerinnen immer stärker und die großen Parteien wurden von immer weniger Wählerinnen als politische Alternativen wahrgenommen. Dieses Wählerpotential und diese „Angebotslücke“ haben rechtspopulistische Parteien in vielen Ländern erfolgreich genutzt. Indem es ihnen gelang gerade ungebundene oder unentschlossene Wählerinnen für sich zu gewinnen und indem sie ein politisches Angebot unterbreiteten, dass sich merklich von dem der etablierten Parteien unterschied und offenbar die Bedürfnisse dieser Wählerinnen aufgriff. ⁵

⁵ Zu den Erfolgsursachen vgl. auch Arzheimer, Kai und Elisabeth Carter: Political opportunity structures and right-wing extremist party success. *European Journal of Political Research* 2006, 45 (3): 419-443.

Das programmatische Angebot und die Mobilisierungsstrategie rechtspopulistischer Parteien sind deshalb ein wesentlicher Erfolgsfaktor, womit sie sich außerdem von den anderen, liberalen und konservativen, Parteien unterscheiden. Zwei wesentliche Merkmale, die Betonung und Wahrung nationaler Identität und ein ausgeprägter anti-elitärer Affekt charakterisieren diese Parteien. Kernpunkte rechtspopulistischer Forderungen, mit denen sie sich gegenüber anderen Parteien profilieren konnten, sind: Eine höchst restriktive Zuwanderungs- und Asylpolitik – Stichwort „Nullzuwanderung“ – und eine ausgrenzende, diskriminierende MigrantInnenpolitik. Forderungen, die von wohlfahrtschauvinistischen Argumenten sowie xenophoben und rassistischen Attitüden begleitet werden. Mit europaskeptischen und zum Teil globalisierungskritischen Positionen wird ebenfalls die Bedrohung nationaler Identität in den Fokus gerückt, sofern durch die europäische oder internationale Integration der Bestand des Nationalstaats und der nationalen Identität oder der nationale Wohlstand als bedroht angesehen werden. Der ausgeprägt anti-elitäre Affekt rechtspopulistischer Parteien, äußert sich darin, dass zwischen beherrschtem Volk und herrschenden Eliten ein Antagonismus aufgebaut wird. Dabei nehmen rechtspopulistische Parteien für sich in Anspruch die wahren Vertreter des Volkes zu sein. Mit radikaler, diffamierender und diskreditierender Kritik an der bestehenden, repräsentativen Demokratie, ihren Institutionen und Eliten werden Verdrossenheitsmomente gegenüber dem politischen System aufgegriffen und geschürt. Aus dieser Kritik leiten sich weitergehende Forderungen zur Umgestaltung des politischen Systems ab. Alternativ zur bestehenden politischen Ordnung, streben Rechtspopulisten eine unmittelbare, identitäre Politik- und Demokratieform an. Die Volkssouveränität und der Volkswillen werden dabei nicht nur zur Handlungsmaxime erhoben, sondern sollen durch plebiszitäre Verfahren aufgewertet werden. Forderungen nach der Stärkung direktdemokratischer Instrumente oder der Direktwahl von Mandatsträgern, resultieren daraus. Konsequenterweise wohnt dieser Überhöhung des Volkswillen ein anti-pluralistischer Moment inne. Die Mehrheitsherrschaft wird zur Maxime erhoben. Die Berücksichtigung von Minderheiteninteressen ist dabei ebenso wenig vorgesehen, wie der Bestandsschutz elementarer Menschen- und Bürgerrechten oder demokratischer Grundsätze. Diese werden im Zweifel dem Willen einer Mehrheit untergeordnet und mit eben diesem vermeintlichen Mehrheitswillen, der dem Gemeinwohl gleichgesetzt wird, gerechtfertigt.

Die Schnittmenge von rechtspopulistischen, konservativen und liberalen Parteien liegt in der Akzeptanz des Leistungsprinzips und der Ungleichheit. Doch bei rechtspopulistischen Parteien hat Ungleichheit aufgrund nationaler Identität einen anderen Stellenwert, während liberale und konservative Parteien Ungleichheit nach Leistung rechtfertigen. Mit ihrer Kombination aus nationalistischen und populistischen Elementen waren rechtspopulistische Parteien die erfolgreichsten Parteien in Westeuropa was die Erschließung neuer Wählerschaften anbelangt. Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien gingen aber nicht nur zu Lasten von Parteien des rechten Lagers, sondern oftmals auch zu Lasten linker und sozialdemokratischer Parteien. So konnte die FPÖ in den 1990er Jahren viele ehemalige sozialdemokratische WählerInnen für sich gewinnen, die Lijst Pim Fortuyn reüssierte besonders in einstigen Hochburgen der Sozialdemokraten und andere Parteien wie der Front National konnten verstärkt in traditionelle Wählermilieus der Linken, der Arbeiterschaft, eindringen.⁶ Konservative und liberale Kräfte haben sich in einigen Fällen dieser neuen Konkurrenzsituation offenbar besser angepasst, wenn man ihre Wahlergebnisse in Betracht zieht.

Die Wählerbasis rechter Parteien

Drei längerfristige Veränderungen des Wahlverhaltens, die alle relevanten Parteien betreffen, müssen im Blick behalten werden, wenn die elektorale Basis von Parteien analysiert wird. Erstens hat der Anteil von WählerInnen ohne Parteibindung zugenommen, das heißt die Stammwählerschaften vor allem der großen etablierten Parteien sind geschrumpft.⁷ Zweitens haben dadurch die politische Mobilität und der Anteil der WechselwählerInnen sowie der WählerInnen zugenommen, die spät ihre Wahlentscheidung treffen. Dadurch haben kurzfristige Faktoren für die Wahlentscheidung und den Wahlausgang an Bedeutung gewonnen. Das heißt Wahlkämpfe und die Darstellung von Parteien wie Kandidaten können bis zum Wahltermin entscheidend sein. Und schließlich, drittens, hat die Wahlenthaltung stark zugenommen. Die zunehmende Wahlenthaltung zeigt, dass die

⁶ Vgl. Kitschelt, Herbert und Anthony McGann: The radical right in Western Europe. A comparative analysis. Ann Arbor, 1995. Evans, Jocelyn: The dynamics of social change in radical right-wing populist party support. Comparative European Politics 2005, 3, 76–101.

⁷ Holmberg, Sören: Partisanship reconsidered. In Dalton, Russel J. und Hans-Dieter Klingemann: Oxford Handbook of political behavior. Oxford, 2007: 557-570.

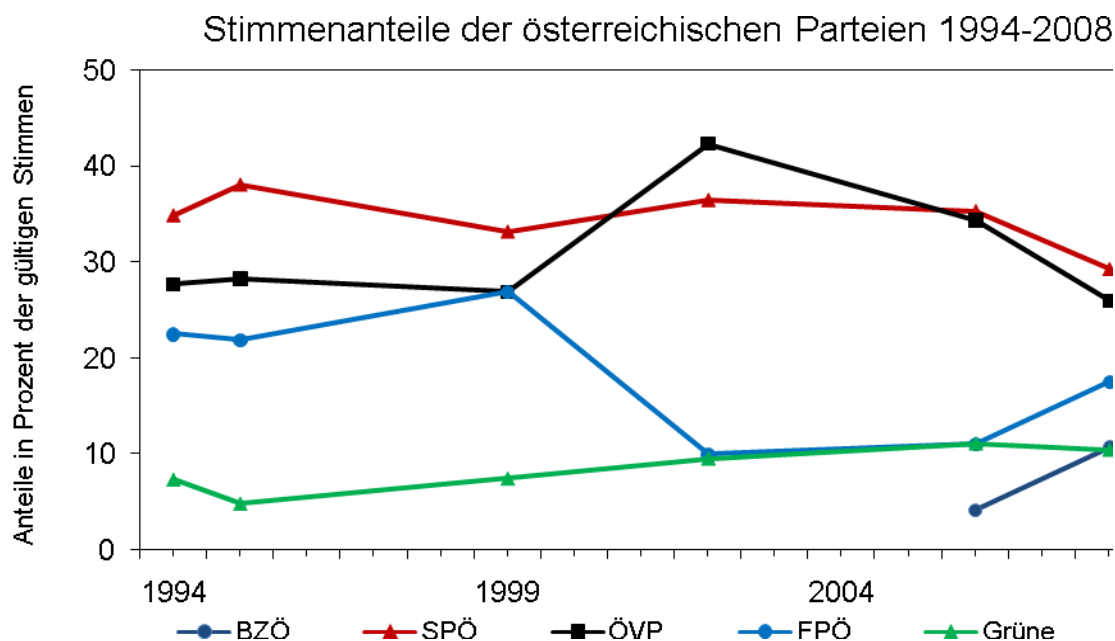
Mobilisierungsleistung der Parteien insgesamt nachgelassen hat.

Sozialdemokratische Parteien sind von der Enthaltung ehemaliger WählerInnen meist stärker betroffen als ihre Konkurrenten aus dem rechten Lager. Die letzten Parlamentswahlen in Frankreich (2002, 2007), Österreich (2006, 2008) oder Italien (2008), bei denen die Wahlenthaltung hoch war, offenbarten, dass es sich bei den Wahlerfolgen des rechten Lagers weniger um eine Mobilisierungsstärke, sondern vielmehr um eine massive Mobilisierungsschwäche sozialdemokratischer und linker Parteien handelt.

Aufgrund dieser Entwicklungen ist ein größeres, parteiungebundenes Mobilisierungspotential entstanden, wovon seit den 1980er Jahren neue und vor allem rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ profitiert haben. Die Mobilisierungsleistung der einzelnen rechten Parteien fällt aber über die Zeit sehr unterschiedlich aus. Vielmehr zeigt sich in den meisten Ländern, dass es gerade innerhalb des rechten Lagers zu einer starken Wählerfluktuation zwischen den einzelnen Parteien gekommen ist, obgleich die Stimmenanteile des rechten Lagers insgesamt recht stabil geblieben oder gewachsen sind. Das gilt für fast alle westeuropäischen Ländern, in denen mehrere Parteien im rechten Lager konkurrieren. In den meisten Fällen haben sich die Stärkeverhältnisse zwischen den rechten Parteien aufgrund des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien deutlich verändert. In den skandinavischen Ländern haben vor allem konservative Parteien an Unterstützung verloren, während sich liberale und rechtspopulistische Parteien als die stärkeren Kräfte im rechten Lager durchsetzen konnten. In der Schweiz wurde die rechtspopulistische SVP zu Lasten anderer rechter Parteien die dominante Kraft im rechten Lager. In anderen Ländern konnten wiederum auch die großen Parteien des rechten Lagers wie die Österreichische Volkspartei (ÖVP), Forza Italia (FI) oder die UMP bei ihren letzten großen Wahlerfolgen wesentlich von einer starken Wählerfluktuation innerhalb des eigenen Lagers profitieren.

Wie wechselhaft die Wählergunst zugunsten einzelner Parteien des rechten Lagers sein kann, belegt eindrücklich das Beispiel Österreichs. In den 1980er Jahren konnte die FPÖ zunächst in die Wählerschaft der konservativen ÖVP einbrechen. Auch in den 1990er Jahren wanderten weiterhin viele ehemalige ÖVP-WählerInnen zur FPÖ ab. Allerdings gelang es den Rechtspopulisten nun auch verstärkt ehemalige WählerInnen der Sozialdemokraten (SPÖ) zu gewinnen. So dass die FPÖ zwischen

1986 und 1999, als ihre Mobilisierungserfolge einen Höhepunkt erreichten, in annähernd gleichem Maße von Wählerwechsellern der beiden großen Parteien profitiert hatte.⁸



(Quelle: Bundesministerium des Inneren; <http://www.bmi.gv.at/wahlen/>. Die Wählerwanderungen sind dokumentiert durch die Wählerstromanalysen von SORA, <http://www.sora.at/de/start.asp?b=10>)

Bemerkenswert daran ist, dass die FPÖ die meisten der einstigen SPÖ- bzw. ÖVP-WählerInnen an sich binden konnte und wiederholt von diesen gewählt wurde. Der ÖVP machte die FPÖ schließlich 1999 sogar knapp ihren Platz als zweitstärkste Kraft streitig. Bei den darauffolgenden Wahlen, nach dem Scheitern der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung, fanden Wählerbewegungen bislang nicht da gewesenen Ausmaßes statt. Profitierte in den 1990er Jahren zunächst die FPÖ von Wählerwechsellern, kehrte sich dieser Trend 2002 vorübergehend zugunsten der ÖVP um. Die FPÖ verlor über die Hälfte ihres Stimmenanteils von 1999 und sackte von rund 26% auf 11% der Wählerstimmen ab, während die ÖVP den größten Teil der FPÖ-Abwanderer auffangen konnte, ihren Stimmenanteil erheblich steigerte und mit rund 42% zur stärksten politischen Kraft wurde. Bei den Wahlen 2006 verloren ÖVP und SPÖ, die meisten WählerInnen an das Nichtwählerlager sowie an die beiden

⁸ Picker, Ruth, Brigitte Salfinger und Eva Zeglovits: Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1986-2004). Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, **33**(3): 263-279.

rechtspopulistischen Konkurrenten FPÖ und Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)⁹. Ein Trend der 2008 anhielt als die ÖVP wieder vor allem WählerInnen an das Nichtwählerlager und das BZÖ verlor, während die SPÖ vor allem an die FPÖ und das Nichtwählerlager Stimmen verlor. Das heißt seit rund zehn Jahren vereinigen konservative und rechtspopulistische Parteien zwar die Stimmenmehrheit auf sich, aber der Wettbewerb um Wählerstimmen hat erheblich zugenommen und die Wählerbasis der Parteien ist instabiler geworden. Das heißt auch die Zusammensetzung der Wählerschaften variiert von Wahl zu Wahl erheblich. Die Gründe für die starken Wählerbewegungen liegen vor allem in der Performanz der Parteien an der Regierung. In den 1990er Jahren profitierte die FPÖ von der scheinbar alternativlosen großen Koalition von SPÖ und ÖVP, die seit 1986 in Österreich regierte. Mit populistischen Positionen konnte die FPÖ Unzufriedenheitsmomente in der Bevölkerung gegenüber der Regierung bestens kanalisieren. In der Regierung mit der ÖVP hingegen erwies sich die FPÖ als unzuverlässiger Regierungspartner, an dessen parteiinternen Konflikten schließlich auch die erste ÖVP-FPÖ-Koalition zerbrach. Dagegen hatte sich die ÖVP als dominante und souveräne Regierungspartei behauptet und profitierte 2006 von diesem Image, das vor allem von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel getragen wurde. Die Umarmungsstrategie der ÖVP gegenüber der FPÖ war aufgegangen, in dem man sich Themenbereichen der Rechtspopulisten angenommen hatte und ihnen durch die Einbindung in die Regierungskoalition Verantwortung übertragen hatte. Bei den darauffolgenden Wahlen 2006 und 2008 hingegen verlor die ÖVP wieder. Erstens fehlte ihr die Führungspersönlichkeit, da Wolfgang Schüssel nicht mehr antrat, zweitens hatte die Spaltung der FPÖ, die FPÖ wieder in die günstigere Rolle der Oppositionspartei gebracht und schließlich 2008 konnten sich BZÖ und FPÖ wieder als oppositionelle Kräfte profilieren und gegen die große Koalition mobilisieren. Dieser Effekt, dass rechtspopulistische Parteien vor allem als Oppositionsparteien erfolgreich sind, in der Regierungsverantwortung aber an

⁹ Das Bündnis Zukunft Österreich ging 2005 aus einer Abspaltung von der FPÖ hervor. Jörg Haider hatte dabei die gesamte Regierungsmannschaft und große Teile der Parlamentsfraktion in das BZÖ mitgenommen. Die FPÖ war damit über Nacht nicht mehr an der Regierung beteiligt. Bei den Landesverbänden konnte Haider aber letztlich nur den Kärntner relativ geschlossen für das BZÖ gewinnen. Seither treten beide Parteien getrennt bei Wahlen an, wobei die FPÖ bundesweit die stärkere Kraft ist und das BZÖ mehr oder weniger auf seine Hochburg Kärnten angewiesen ist. Ausführlicher zur Spaltung der FPÖ vgl. Luther, K. R. (2005): Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ). Working Paper 22, Keele University: 1-29.

Unterstützung verlieren, zeigt sich auch in vielen anderen Fällen. Nur in Dänemark, wo die Regierungsbeteiligung der DF informell ist, und in der Schweiz, wo die Beteiligung der SVP institutionalisiert ist, konnten sich die Rechtspopulisten auch dann behaupten.¹⁰

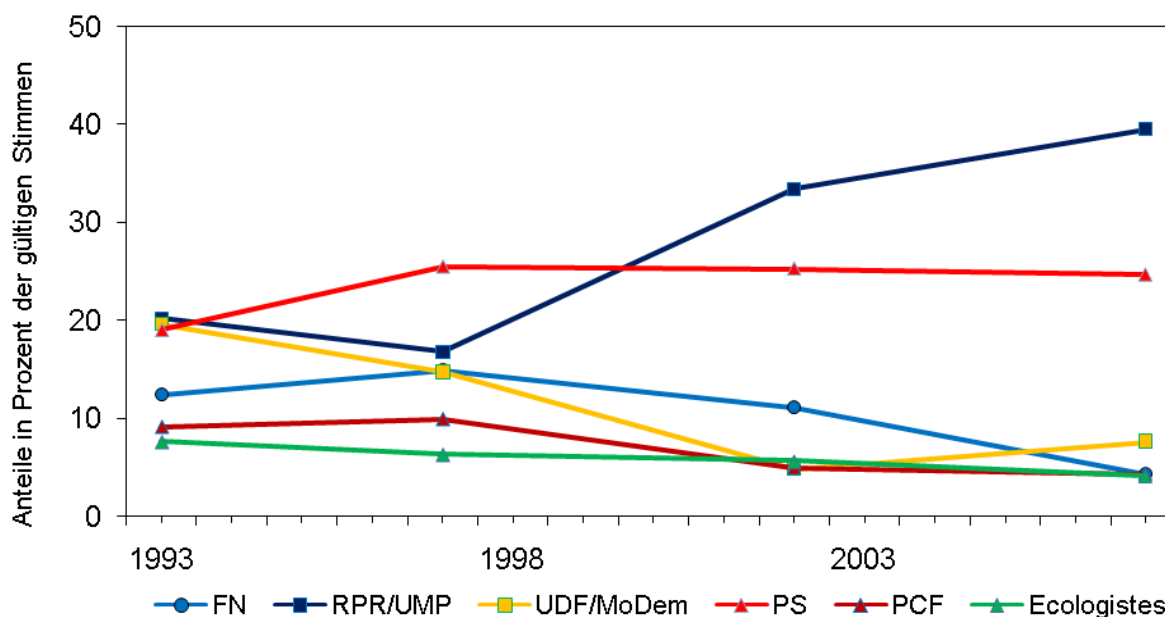
Wenn auch unter anderen Vorzeichen fanden entsprechende Wählerbewegungen ebenso in anderen Ländern statt. In Italien konnte nach dem Zusammenbruch des Parteiensystems und dem Verschwinden der Christdemokraten die neugegründete Forza Italia (FI) seit 1994 einen großen Anteil der einst christdemokratischen Wählerschaft an sich binden. Mit einem Stimmenanteil zwischen 20 und 30 Prozent dominiert seither Forza Italia das rechte Lager. Die postfaschistische Alleanza Nazionale (AN) erhielt zwischen 10 und 15 Prozent, die Lega Nord (LN) zwischen 5 und 10 Prozent und zwei kleine christdemokratische Gruppierungen um 5 Prozent der Wählerstimmen. Bei den Wahlen 1996 konnten nur Alleanza Nazionale und Lega Nord ihre Stimmenanteile ausbauen, während Forza Italia stagnierte. 2001 hingegen profitierte Forza Italia von hohen Stimmentransfers ihrer Bündnispartner AN und LN, was vor allem auf die starke Zuspitzung der Wahlkampagne auf die Person Berlusconi zurückzuführen war. Bei den Wahlen 2006 verlor dagegen Forza Italia leicht, während AN, LN und die Christdemokraten stabil blieben oder etwas zulegen konnten. Auch 2008 konnte vor allem die Lega Nord ihren Stimmenanteil ausbauen, während FI und AN, die als Wahlbündnis antraten, ihren gemeinsamen Stimmenanteil nur leicht erhöhen konnten. Das heißt auch in Italien waren die Schwankungen der Stimmenanteile, die das rechte Lager seit 1996 insgesamt erhielt, eher gering zwischen 47 und 52 Prozent. Deutlichere Schwankungen und Wählerbewegungen gab es zwischen den einzelnen Parteien des rechten Lagers. Auch hier zeigt sich das Bündnis- und Koalitionsstrategien wichtige Faktoren für das Abschneiden der Parteien waren. So profitierten die kleineren Kräfte eher, wenn sie selbständig antraten und ihr Profil waren konnten. Während Forza Italia besser in der Wählergunst abschnitt, wenn es gelang AN und LN in ein Bündnis einzubinden. Eine

¹⁰ Gründe für das Scheitern rechtspopulistischer Parteien an der Regierung macht sieht Heinisch (2003) in strukturellen Schwächen, der programmatischen Inkohärenz, mangelnden Professionalität sowie personellen Ressourcen und der fehlenden Konfliktlösungsfähigkeit nach innen. Populistische Inhalte und Strategien verkehrten sich unter Bedingungen der Regierungsbeteiligung in einen Nachteil. Heinisch verweist aber auch darauf, dass unter bestimmten Bedingungen rechtspopulistische Parteien auch als Regierungsparteien reüssieren könnten. Heinisch, Reinhard: Success in opposition - failure in government: explaining the performance of right-wing populist parties in public office. *West European Politics* 2003, **26**(3): 91-130.

parlamentarische Mehrheit konnten die rechten Parteien aber nur in einem Bündnis gewinnen.¹¹

Noch deutlicher fielen in den letzten Jahren die Verschiebungen von Stimmenanteilen innerhalb des rechten Lagers in Frankreich aus. Das rechte Lager war in den 1990er Jahren stark zersplittert. Auf die drei stärksten Kräfte des rechten Lagers den konservativ-gaullistischen Rassemblement pour la République (RPR), den Parteienbund Union pour la Démocratie Française (UDF) und den Front National (FN) entfielen je 14-15% der Wählerstimmen.¹² Mit den rechten Parteien konkurrierten die Sozialisten (PS), Kommunisten (PCF) und die Grünen um die Mehrheit, was ihnen zuletzt mit dem Bündnis Gauche Pluriel 1997 gelungen war. Die dominanten Kräfte waren bis dahin einerseits der RPR und andererseits die Sozialisten gewesen, die in der Regel auch die aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten stellten.¹³

Stimmenanteile der französischen Parteien 1993-2007



Quelle: <http://www.parties-and-elections.de/france2.html>

¹¹ Zur Bedeutung der Bündnisfrage in Italien vgl. Bartolini, Stefano, Alessandro Chiamonte und Roberto D'Alimonte: The Italian party system between parties and coalitions. West European Politics 2004, 27(1): 1-19.

¹² Alle Angaben zu Stimmenanteilen der französischen Parteien beziehen sich auf den ersten Wahlgang.

¹³ Aufgrund des Mehrheitswahlsystems bei Parlamentswahlen sind seit Mitte der 1980er Jahre auch die großen Parteien auf Bündnis- und Koalitionspartner angewiesen um parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen, Die kleinen Parteien sind durch das Wahlsystem dagegen auf Bündnisse angewiesen um überhaupt im Parlament vertreten zu sein.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 standen erstmals zwei Kandidaten des rechten Lagers, Der Kandidat der Sozialisten, Lionel Jospin, war unerwartet ausgeschieden. Die starke Zersplitterung der Linken, gescheiterte Bündnispolitik der PS und strategische Fehler hatten dazu geführt. Jacques Chirac (RPR bzw. UMP) und Jean-Marie Le Pen (FN) in der Stichwahl. Der RPR nutzte die besondere Situation, um die bürgerliche Rechte gegen ihren größten Konkurrenten den Front National in der UMP zu einen.¹⁴ Entgegen kam der RPR bei diesem Projekt, dass sich der Parteienbund UDF seit Ende der 1990er Jahre quasi in Auflösung befand und weite Teile des UDF sich der neu gegründeten UMP anschlossen.¹⁵ Bei den Präsidentschaftswahlen 2002, profitierte der Kandidat der UMP, Chirac, zunächst in starkem Maße von Stimmentransfers aus dem gesamten politischen Spektrum, von Wählerinnen und Wählern, die nur für Chirac stimmten, um Le Pen zu verhindern. Bei den folgenden Parlamentswahlen gelang es der neu gegründeten UMP aber nicht nur ehemalige RPR-Wähler, sondern auch weite Teile der einstigen UDF- WählerInnen und bereits auch Teile der FN-Wählerschaft für sich zu gewinnen.¹⁶ Noch stärker konnte die UMP 2007 in die Wählerschaft des Front National einbrechen, dessen Stimmenanteil von rund 11 auf 4 Prozent gesunken war, während die UMP ihren Stimmenanteil von 33 auf fast 40 Prozent im ersten Wahlgang erhöhen konnte. Von den 3,8 Millionen WählerInnen, die noch wenige Wochen zuvor bei der Präsidentschaftswahl Le Pen unterstützt hatten, stimmten bei den Parlamentswahlen 40% für die UMP.¹⁷ Konkurrierten Parteien des linken und des rechten Lagers zuvor immer in mehr oder weniger fragilen Bündnissen um die Mehrheit, ist durch die Fusion unterschiedlicher Kräfte des rechten Lagers in der UMP und die erfolgreiche Abwerbung ehemaliger WählerInnen der UDF und des FN, die UMP als dominante und mehrheitsfähige Kraft hervorgegangen.

¹⁴ Ausführlicher zur Gründung der UMP siehe Knapp, Andrew: From the Gaullist movement to the president's party. The French party system. In: Evans, Jocelyn (Hg.). The French party system. Manchester/New York 2003:121-136.

¹⁵ Zur langsamen Auflösung dieser Parteienkonföderation vgl. Sauger, Nicolas: The UDF in the 1990s: the break-up of a party confederation. In: Evans, Jocelyn: The French party system. Manchester/New York, 2003: 107-120.

¹⁶ Ausführlicher zu den Ereignissen um die Wahlen 2002 und ihre Folgen vgl. Cole, Alistair: A strange affair: The 2002 presidential and parliamentary elections in France. Government and Opposition 2002, 37 (3): 317-342.

¹⁷ CEVIPOF - Ministère de l'Intérieur: Le Panel Electoral Français 2007, P4 – Résultats détaillés. <http://www.cevipof.msh-paris.fr/PEF/2007/PEF2007.htm>).

Alle drei Beispiele machen deutlich, dass die Parteibindungen nachgelassen haben und politisch-konjunkturelle, kurzfristige Faktoren wichtiger für den Wahlausgang geworden sind. Nicht nur die Wählerfluktuation insgesamt, sondern die Fluktuation innerhalb der politischen Lager hat deutlich zugenommen. Besonders auffallend ist der starke Wähleraustausch zwischen eher moderaten, konservativen oder liberalen, Kräften und Parteien, die weiter rechts zu verorten sind wie Rechtspopulisten und -extremisten. Letzteren gelang es ihre Wählerbasis stark über ihre ideologische Stammwählerschaft hinaus auszuweiten. Konservativen Parteien, wie der UMP, zeitweise der ÖVP oder Forza Italia, ist es aber auch gelungen WählerInnen dieser Parteien zurückzugewinnen. Mit programmatischen und strategischen Anpassungen, die nachfolgend eingehender untersucht werden, konnten rechtspopulistische wie konservative Parteien erfolgreich, aber oft nur kurzfristig, WählerInnen für sich mobilisieren. In diesen drei Fällen hatten liberale Parteien wie UDF/MoDem oder das Liberale Forum in Österreich das Nachsehen. Das entspricht allerdings keinem generellen Trend, denn in den Niederlanden hat sich mit der VVD eine liberale Partei als relevante politische Kraft behaupten können, auch wenn sie bei den letzten Wahlen von der Socialistische Partij vom dritten Platz verdrängt wurde.¹⁸

Die Wählerfluktuationen weisen auf eine Destabilisierung der Wählerschaften im rechten Lager hin. Doch während mehr WählerInnen zwischen Parteien des rechten Lagers wechselten, mussten sozialdemokratische und linke Parteien starke und dauerhaftere Verluste in Richtung rechtspopulistischer Parteien und Nichtwählerlager hinnehmen. Weniger die Fluktuation von Wählern zwischen den politischen Lagern, sondern innerhalb der politischen Lager und zu den Nichtwählern bestimmen heute die Machtverhältnisse zwischen den Parteien. Entscheidend ist, ob Parteien in der Lage sind kurzfristig Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren und aus dem Nichtwählerlager herausholen bzw. vielmehr ihre Abwanderung dorthin zu verhindern.

¹⁸ Ihren größten Erfolg hatte die [Volkspartij voor Vrijheid en Democratie](#) 1998 als sie mit fast 25% der Wählerstimmen zweitstärkste Kraft nach den Sozialdemokraten wurde. Zwischen 1994 und 2007 waren die Liberalen immer in der Regierung vertreten.

Die soziale Basis rechter Parteien

Starke konservative oder liberale Parteien verdankten ihre breite Unterstützung der Tatsache, dass sie sich breiten Bevölkerungsschichten zugewandt hatten und nicht nur an ihrer traditionellen, religiös gebundenen und mittelständischen, Wählerklientel festhielten. Sie wurden zu Volksparteien in dem Sinne, dass sie WählerInnen aus allen Bevölkerungsschichten gewinnen konnten. Zuletzt gelang dies auch einigen rechtspopulistischen Parteien wie der FPÖ oder der SVP.

Angesichts der starken Wählerfluktuation und der zeitweise beachtlichen Ausweitung ihrer Wählerbasis variiert die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaften einzelner rechter Parteien deutlich. Rechtspopulistische wie konservative Parteien mobilisieren WählerInnen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, dennoch erhalten sie aus bestimmten sozialen Schichten mehr Zuspruch.

Die **Wählerbasis konservativer Parteien**, wie der ÖVP oder der UMP, aber auch der an die Stelle der christdemokratischen DC getretenen Forza Italia, weisen nach wie vor Merkmale einer traditionell konservativen Wählerschaft auf. So sind überdurchschnittlich viele konservative WählerInnen religiös gebunden. Umgekehrt sind in Gewerkschaften organisierte ArbeitnehmerInnen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Angestellte, Selbstständige und Gewerbetreibende sowie Landwirte sind dagegen überdurchschnittlich vertreten. Auch die traditionell starke Verankerung konservativer Parteien in ländlichen Gebieten und bestimmte Hochburgengebiete sind nach wie vor erkennbar. Selbst Forza Italia knüpfte an die traditionell stärkere Verankerung der DC im wirtschaftlich prosperierenden Norden Italiens an. Problematisch dürfte für viele konservative Parteien hingegen in der Zukunft die Überalterung ihrer Wählerschaft werden. Jüngere WählerInnen sind deutlich unterrepräsentiert in der konservativen Wählerschaft, während ältere WählerInnen überdurchschnittlich vertreten sind. Hinsichtlich geschlechtsspezifischen Abstimmungsverhaltens gibt es hingegen keinen eindeutigen Trend und die Unterschiede im Stimmverhalten von Frauen und Männern sind nur geringfügig.

Im Unterschied zur konservativen Wählerschaft weist die Wählerbasis rechtspopulistischer Parteien andere Merkmale auf, auch wenn es diesen Parteien zunehmend gelungen ist WählerInnen aus allen Bevölkerungsschichten anzusprechen. Bei rechtspopulistischen Parteien fällt auf, dass alle in stärkerem

Maße als andere Parteien Männer und junge Wählerinnen und Wähler für sich mobilisieren können, wobei junge Männer besonders stark vertreten sind. Weit überdurchschnittlich haben die FPÖ in Österreich, Alleanza Nazionale und Lega Nord in Italien, die LPF in den Niederlanden und die Fortschrittspartei in Norwegen Zuspruch von jüngeren Wählern erfahren.¹⁹ Bei den Berufsgruppen sprachen rechtspopulistische Parteien zunächst verstärkt WählerInnen aus der unteren Mittelklasse, vor allem Selbständige und Kleinunternehmer, an. Anfangs gelang es rechtspopulistischen Parteien verstärkt ehemals christdemokratische WählerInnen zu mobilisieren, der Lega Nord ebenso wie der FPÖ. Allerdings sind religiös gebundene WählerInnen bei rechtspopulistischen Parteien eher unterrepräsentiert. Mit der Ausweitung ihrer Wählerbasis gelang es den meisten Parteien in den 1990er Jahren überdurchschnittliche viele WählerInnen aus der Arbeiterschaft und Schichten mit geringerem sozialen Status, wie zum Beispiel Arbeitslose, zu mobilisieren. Besonders stark konnten FPÖ, FN und die norwegische Fortschrittspartei in dieses Wählermilieu vordringen. Entsprechend stammten WählerInnen rechtspopulistischer Parteien anfangs häufiger aus mittleren Bildungsschichten, doch der Zuspruch eher schlecht gebildeter WählerInnen hat über die Jahre deutlich zugenommen. Hoch qualifizierte WählerInnen entscheiden sich dagegen deutlich seltener für die Wahl einer rechtspopulistischer Parteien. Die Wählerschaft der meisten rechtspopulistischen Parteien weist heute ein klassenübergreifendes Profil auf, das im Gegensatz zu den traditionellen Konfliktlinien, zum Klassenkonflikt, steht.²⁰ Ein wichtiger Grund für die Unterstützung scheinbar entgegengesetzter Interessengruppen ist die Mischung wirtschaftliberaler mit protektionistischen Positionen bei rechtspopulistischen Parteien, deren Widerspruch durch die ethnozentrische Lösungen kaschiert wird. Der Klassenkonflikt wird durch die rechtspopulistischen Kernthemen überlagert.²¹

In Österreich zeigten sich diese Unterschiede zwischen der konservativen ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ besonders deutlich 1999, als die FPÖ ihren bislang größten Wahlerfolg hatte. So konnte die FPÖ unter Männern, vor allem unter jungen

¹⁹ Evans, Jocelyn und Gilles Ivaldi: Les dynamiques électorales de l'extrême-droite européenne. *Revue Politique et Parlementaire* 2002, 1019: 67-83.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ivarsflaten, Elisabeth: The vulnerable populist right parties: No economic realignment fuelling their electoral success. *European Journal of Political Research* 2005, **44**(3): 465-492.

oder nicht berufstätigen Männern mit über 30% den höchsten Stimmenanteil erzielen. Auch hinsichtlich der Altersstruktur lag die FPÖ bei jüngeren WählerInnen eindeutig vor den anderen Parteien. Während ÖVP und SPÖ bei älteren, vor allem Rentnern, mehr Zuspruch erhielten. Von den Arbeitern hatten sich bei diesen Wahlen mehr WählerInnen für die FPÖ als für die SPÖ entschieden. Die ÖVP blieb die führende Partei unter Selbständigen und Landwirten, doch die FPÖ war unter den Selbständigen auch weiterhin die zweitstärkste Kraft.²²

Auch in Frankreich konnte der Front National mit der Zeit Stimmenanteile bei Arbeitern deutlich erhöhen, der 2002 ähnlich hoch lag wie bei den moderat rechten Parteien. Etwa jeder fünfte Arbeiter votierte 2002 für Le Pen. Stärker ins Gewicht fallen jedoch der starke Schwund bei den linken Parteien und die deutliche Zunahme von Nichtwählern unter den Arbeitern.²³

Nur die italienischen Parteien folgten dem Trend der Proletarisierung nicht, sondern LN und AN verloren über die Zeit WählerInnen aus dieser Schicht, während Forza Italia 2001, die meisten Arbeiter für sich gewinnen konnte.²⁴. Was zum Teil in den ideologischen Traditionen von AN, als postfaschistischer Partei, und LN, die sich stark neoliberal ausrichtete, begründet liegt. Was allerdings nicht den Erfolg von Forza Italia bei der Arbeiterschaft erklärt. Eine weitere Besonderheit in Italien ist die regionale Aufteilung der Parteien, während AN vor allem im Süden Unterstützung erhält, ist die Lega Nord auf den Norden beschränkt, was aufgrund der sozio-ökonomischen Unterschiede der Regionen Einfluss auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteien hat. So wird die Lega nach wie vor von überdurchschnittlich vielen Selbständigen und Kleingewerbetreibenden der

²² Vgl. Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Franz Sommer: "Nationalratswahl 1999: Transformationen des österreichischen Wahlverhaltens. In: Khol, Andreas et al. *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1999, Wien/München, 2000: 49-83.

²³ Noch 1988 hatten bei den Präsidentschaftswahlen 63% der Arbeiter 2002 nur noch 43% für einen linken Kandidaten gestimmt. Vgl. Evans, Jocelyn und Nonna Mayer: *Electorates, new cleavages and social structures*. In: Cole, Alistair et al.: *Developments in French politics* 3. Houndsmill, 2005: 35-53. Cautrès, Bruno und Nonna Mayer: *Les métamorphoses du "vote de classe"*. In: Ders.: *Le nouveau désordre électoral. Le leçons du 21 avril 2002*. 2004 Paris: 145-159.

²⁴ Evans Jocelyn A. und Ivaldi Gilles: *Electoral Dynamics of the European Extreme Right. Working Paper*, July, 2002, <http://www.politik.uni-mainz.de/ereps/papers.htm>.

Mittelschicht.²⁵ Die Hochburgen von Forza Italia liegen hingegen im Süden und Norden Italiens.²⁶

Deutlichere Unterschiede zeigen sich bei den Einstellungen und Wahlmotiven der WählerInnen. Die meisten WählerInnen rechtspopulistischer und konservativer Parteien verorten sich selbst in der Mitte des Links-Rechts-Spektrums oder leicht rechts der Mitte. Bei WählerInnen rechtspopulistischer Parteien ist der Anteil, der sich weiter rechts einordnet, deutlich größer ist als bei konservativen Parteien. Bei rechtspopulistischen Parteien spielten darüber hinaus Protestmotive, die Abwahl etablierter Parteien und Regierungskonstellationen, sowie Momente der Statusunsicherheit und Fremdenfeindlichkeit eine wesentliche Rolle bei den Wahlmotiven ihrer Wähler. Während konservative Parteien viel mehr von ihrem Image als Regierungsparteien und den ihnen zugeschriebenen Wirtschaftskompetenzen profitieren.

Wie Analysen zur Präsidentschaftswahl 2007 in Frankreich zeigten, haben die WählerInnen Sarkozys (UMP) und Le Pens (FN) jeweils häufiger positive Einstellungen zur nationalen Identität bzw. ablehnende Haltungen gegenüber Zuwanderung und Zuwanderern auf. Ebenso weisen diese WählerInnen häufiger ein konservatives Gesellschaftsbild auf. In ihren wirtschaftspolitischen Ansichten unterscheiden sich die WählerInnen allerdings deutlich: Während in Sarkozys Wählerschaft häufiger neoliberale Einstellungsmuster sowie positive Haltungen zu Liberalisierung und Wettbewerbsprinzip anzutreffen sind, lehnen Le Pens Wählerinnen und Wähler wirtschaftsliberalen Positionen häufiger ab. Auch in anderen Ländern unterscheiden sich die Wählerschaften rechtspopulistischer und konservativer bzw. liberaler Parteien in ihren Einstellungsmustern und Wahlmotiven deutlich. Das gilt für die bei rechtspopulistischen Wählerinnen und Wähler stärker verbreiteten Status- und Zukunftsängste sowie Verdrossenheitsmomente, ebenso wie für fremdenfeindliche und wohlfahrtschauvinistische Einstellungsmuster.

Die typischen WählerInnen rechtspopulistischer, konservativer oder liberalen Parteien gibt es jedoch bei den relativ erfolgreichen Parteien nicht mehr. Ihr Erfolg

²⁵ Betz, Hans-Georg: Against Rome: The Lega Nord. In: Betz, Hans-Georg und Stefan Immerfall (Hg) The new politics of the right. Neo-populist parties and movements in established democracies, New York, 1998: 45-57.

²⁶ Fix, Elisabeth: Italiens Parteiensystem im Wandel. Von der Ersten zur Zweiten Republik. Frankfurt a.M./New York, 1999.

basiert unter anderem darauf, dass es ihnen gelungen ist in alle Bevölkerungsschichten vorzudringen. Linken Parteien muss allerdings zu denken geben, dass Teile ihrer traditionellen Wählerklientel, vor allem Arbeiter, häufiger zur Wahl rechtspopulistischer Parteien neigen. Wie die Wählerbewegungen zwischen den österreichischen Parteien zeigen, sind in den 1990er Jahre viele WählerInnen von den Sozialdemokraten zu den Rechtspopulisten gewechselt. Im Selben Zeitraum hatte die FPÖ beachtliche Erfolge bei Arbeitern. Doch nur wenige der FPÖ-WählerInnen konnten zurückgewonnen werden.²⁷

Die starke Fluktuation von Wählern, die erhöhte Wechselwahlbereitschaft und die veränderte Bedeutung sozialstruktureller Faktoren für das Wahlverhalten lassen zwar darauf schließen, dass sich Mobilisierungserfolge unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten anderer politischer Parteien wenden können. Die Tatsache, dass die Fluktuation innerhalb des rechten politischen Lagers besonders stark ist, lässt ein Eindringen linker Parteien in die rechte Wählerschaft unwahrscheinlich erscheinen, sofern die Konkurrenz innerhalb des rechten Lagers sehr ausgeprägt ist. WählerInnen, die aus ökonomischen und Protestmotiven zu rechtspopulistischen Parteien wechselten, aber einem traditionell linken Wählermilieu entstammen, könnten mit gezielten Kampagnen zurück gewonnen werden.

Vielmehr spricht die Mobilisierungsschwäche linker Parteien viele ihrer potentiellen WählerInnen gar nicht wählen, wie die gestiegene Wahlenthaltung unter französischen Arbeitern zeigt. Eine vielversprechendere Strategie für linke Parteien scheint deshalb die gezielte Mobilisierung von NichtwählerInnen und JungwählerInnen, bei denen erhebliches Mobilisierungspotential liegt und bei denen etablierte Parteien ebenfalls Mobilisierungsdefizite aufweisen. Eine Analyse dieser Nichtwählerschaft hinsichtlich ihrer sozialstrukturellen und Einstellungsmuster sowie der Gründe der Wahlenthaltung würden sicherlich Anknüpfungspunkte für linke Parteien liefern. So zeigten die Parlamentswahlen in Frankreich, die mit einer sehr

²⁷ Zwischen 1983 und 1999 waren von einer Wahl zur nächsten insgesamt etwa 688000 WählerInnen von der SPÖ zur FPÖ abgewandert. Im selben Zeitraum waren umgekehrt von der FPÖ nur 181000 WählerInnen zu SPÖ gewechselt. Und selbst 2002 als die FPÖ massive Verluste hatten wechselten nur 135000 FPÖ-WählerInnen von 1999 zur SPÖ, der größte Teil einstiger FPÖ-WählerInnen ging zur ÖVP über (etwa 600000). Vgl. Picker, Ruth, Bernd Salfinger und Eva Zeglovits: Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1986-2004). Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, **33**(3): 263-279. Ogris, Günther, Christoph Hofinger und Ursula Breitenfelder: Wählerströme bei der Nationalratswahl 2002. Forum Parlament 1/2003: 2-5.

hohen Wahlenthaltung einhergingen, dass insbesondere junge Wählerinnen und Wähler, Frauen, Wählerinnen und Wähler mit geringerem Bildungsgrad, abhängiger Beschäftigung, ohne religiöse Bindung den Wahlen häufiger fernblieben. Gruppen, die traditionell eher der Klientel sozialdemokratischer oder linker Parteien angehörten. Trends, die sich nach einer Nichtwählerstudie auch in vielen anderen Ländern bestätigen.²⁸

Die programmatische Erneuerung der politischen Rechten

An der grundlegenden ideologischen Ausrichtung konservativer und liberaler Parteien hat sich auf den ersten Blick kaum etwas verändert, doch die Schwerpunkte der Politik und damit ihr programmatisches Profil haben sich deutlich verändert. Veränderte Problemlagen und Handlungsspielräume sowie das Auftreten rechtspopulistischer Parteien haben zu einer Neuausrichtung konservativer und liberaler Parteien geführt.²⁹ Das wichtigste Themenfeld, mit dem sich liberale und konservative Parteien nach wie vor bei WählerInnen profilieren und in dem diesen Parteien große Kompetenzen zugesprochen werden, ist die Wirtschaftspolitik. Dabei folgen konservative und liberale Parteien ähnlichen Grundsätzen. Leistungs- und Wettbewerbsprinzip bestimmen nicht nur ihre wirtschaftspolitischen, sondern auch wohlfahrtspolitische Positionen und ihr Gesellschaftsbild. Auf der Makroebene werden Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Subsidiarität, auf der individuellen Ebene persönliche Freiheit, Eigeninitiative und -verantwortung zu Handlungsmaximen erhoben. Der Staat tritt dabei in erster Linie als Anreizgeber auf und wird auf wenige Kernfunktionen reduziert. Zu diesen Kernfunktionen zählen äußere und innere Sicherheit, Bildung und auf das Notwendigste begrenzt auch soziale Sicherheit sowie Infrastrukturleistungen. Doch selbst bei diesen Kernfunktionen werden Aufgaben zunehmend externalisiert und in den Bereich der individuellen Verantwortung verlagert. Die Aussage der ÖVP in ihrem Wahlprogramm 2002 steht exemplarisch dafür: „[...] so viel Privatinitiative wie möglich – und soviel

²⁸ De Nève, Dorothee.: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen & Farmington Hill, Barbara Budrich Verlag, 2009.

²⁹ Zur Entwicklung christdemokratischer Parteien in den 1990er Jahre vgl. Duncan, Fraser: A decade of christian democratic decline: The dilemmas of the CDU, ÖVP and CDA in the 1990s. Government and Opposition 2006, 41(4): 469-490.

Staatshandeln wie nötig.“³⁰ Diese Reduktion auf Kernaufgaben geht aber gerade bei konservativen Parteien nicht unbedingt mit dem Abbau des Staatsapparates oder der Verminderung staatlicher Eingriffsrechte einher. Im Gegenteil, bei seinen Kernfunktionen werden die Ressourcenausstattung oder Eingriffsmöglichkeiten verstärkt, wie in den Bereichen der äußeren und inneren Sicherheit.

Im Rahmen dieser relativ stabilen ideologischen Grundorientierung, traten in den letzten 10-15 Jahren gerade bei konservativen Parteien deutliche Schwerpunkt- und Akzentverschiebungen auf: So hat sich zwar an der marktliberalen Orientierung konservativer Parteien kaum etwas verändert, diese wird aber weniger radikal und prominent vertreten. Gegenüber marktliberalen Forderungen haben wohlfahrtspolitische Themen und die Absicherung sozialer Sicherungssysteme an Bedeutung gewonnen. Deutlich hat diesen Wandel der französische RPR vollzogen, der nach einer kurzen Phase mit prägnant neoliberalen Positionen zwar wirtschaftsliberale Grundsätze nicht aufgab, aber ordnungspolitische Instrumente in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik wieder stärker betonte. Ein Wandel, der eine Ursache in dem eingeschränkten Handlungsspielraum der Politik bzw. des Staates hat. Denn einerseits wurden die Eingriffsrechte und -möglichkeiten des Staates in die Wirtschaft durch Liberalisierung und Globalisierung eingeschränkt, andererseits musste aber den sozialen Folgen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen begegnet werden, auch um WählerInnen gewogen zu halten.

Die soziale Frage wird von konservativen Parteien vornehmlich als Beschäftigungsfrage thematisiert und ihre Antwort darauf ist ökonomisches Wachstum, individuelle Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative. Soziale Problemlagen sollen nur begrenzt vom Staat aufgefangen werden, vielmehr sollen individuelle Vorsorge und zivilgesellschaftliches Engagement den Staat entlasten. Das heißt der Wohlfahrtsstaat soll eingeschränkt werden auf bestimmte Leistungen. Nur noch bestimmte Bevölkerungsgruppen werden als legitime Empfänger staatlicher Transferleistungen angesehen: Insbesondere Familien und Rentner, denn auch soziale Absicherung wird in erster Linie an erbrachter Leistung bemessen.³¹

³⁰ Österreichische Volkspartei: Das Österreich-Programm der Volkspartei, 2002, <http://www.oevp.at> .

³¹ So lautet einer der Grundsätze der Österreichischen Volkspartei Leistung: „Leistungswille und die Bereitschaft zu unternehmerischem Risiko müssen gefördert werden. Persönliche Leistung in Familie, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur soll Maßstab für Arbeitseinkommen im Rahmen der

Zugunsten dieser Gruppen haben gerade konservative Parteien ihr wohlfahrtspolitisches Engagement sogar verstärkt. Ihr starkes Engagement für Rentner hat jedoch auch wichtige strategische Bedeutung, denn ältere Menschen stellen beachtliche Teile ihrer Wählerschaft. Als prominente Vertreter einer staatlichen, besonders durch finanzielle Transferleistungen erbrachten, Familienförderung unterstreichen konservative Parteien ihr traditionelles Gesellschaftsbild, in dem die Familie Kern der Gesellschaft ist. „Wir wollen die Familie als Keimzelle der Gesellschaft besonders fördern.“³²

Die wesentlichsten Unterschiede zwischen liberalen und konservativen Parteien zeigen sich hinsichtlich dieses Gesellschaftsbildes, dass bei liberalen Parteien auch kulturelle und individuelle Liberalität einschließt, während konservative Parteien am Ideal einer traditionellen Gesellschaftsordnung festhalten und nur zögerlich neue Lebensformen und -stile in ihr Gesellschaftsbild und ihre Programmatik integrierten und heute bereits von einem Roll-back ausgegangen werden muss.³³

Die von liberalen wie konservativen Parteien heute weitgehend übereinstimmend getragenen ideologischen Grundmuster einer liberalen Wirtschafts- und Sozialordnung folgen auch rechtspopulistische Parteien. Die wirtschafts- und wohlfahrtspolitischen Positionen rechtspopulistischer Parteien ähneln in den Grundzügen stark denen konservativer Parteien und sind dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzip verpflichtet. Allerdings haben sich viele rechtspopulistische Parteien immer wieder mit dem Argument der Wahrung nationaler Interessen von neoliberalen Positionen entfernt. Häufiger treten bei Parteien wie der LN oder der FPÖ programmatische Widersprüche auf, da wirtschaftsliberale mit protektionistischen Positionen versetzt werden. Der Schutz der nationalen bzw. regionalen Wirtschaft und Wohlfahrt ebenso wie der Vorrang der sozialen und ökonomischen Interessen der Österreicher oder Norditaliener werden im Zweifel über neoliberale Grundsätze erhoben. Von Seiten der Rechtspopulisten werden in diesem Zusammenhang auch immer wieder globalisierungskritische Töne laut, wenn es zum

marktwirtschaftlichen Ordnung sowie des beruflichen und gesellschaftlichen Aufstiegs sein. Österreichische Volkspartei: Grundsatzprogramm. Wien, 1995: 7.

³² Österreichische Volkspartei: Grundsatzprogramm. Wien, 1995: 5.

³³ Am Beispiel der gescheiterten Gender-Mainstreaming-Politik der EU wird diese Entwicklung sehr sichtbar. „Gender Mainstreaming passé – es lebe die Geschlechterpolitik!“ Der Freitag vom 08.03.2009, <http://www.freitag.de/positionen/0910-geschlechterpolitik-frauenpolitik-eu/>.

Beispiel um die Übernahme einst nationaler Unternehmen durch internationale Konzerne ging. Außerdem mobilisierten viele rechtspopulistische Parteien gegen weitere Schritte der europäischen Integration, wie die Einführung des Euro oder die Ost-Erweiterung und die damit verbundene Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen.³⁴ Vehementer als konservative Parteien vertreten Rechtspopulisten wohlfahrtsschauvinistische Positionen. Mit der vermeintlichen Bedrohung der nationalen Wohlfahrt durch Migranten werden diskriminierende Positionen gerechtfertigt. „Sozialstaat statt Zuwanderung“³⁵ oder „Sichere Pensionen statt Asylmillionen“³⁶ waren Aussagen, mit denen beispielsweise die FPÖ im Wahlkampf 2006 warb.

Betrachtet man allerdings zum Beispiel die Politik der ÖVP-FPÖ-Koalition zeigt sich, dass anti-liberale wirtschaftspolitische Positionen nicht ernsthaft verfolgt wurden, sondern vielmehr als Mobilisierungsinstrumente dienten. Selbst beim Kernthema Zuwanderung machte die FPÖ an wirtschaftspolitische Interessen und ihren Koalitionspartner, die ÖVP, Zugeständnisse. Nicht „Nullzuwanderung“, sondern zeitlich befristete Zuwanderung aus ökonomischer Nützlichkeit war das Leitmotiv der schwarz-blauen Regierung.³⁷

Ähnlich wie Konservative vertreten Rechtspopulisten ein Gesellschaftsbild, das auf dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzip sowie traditionellen Rollen- und Moralvorstellungen basiert. Im Unterschied grenzen Rechtspopulisten aber von vornherein die Gesellschaft kategorisch auf eine ethnisch-kulturelle definierte Gemeinschaft ein. Die starke Betonung der Wahrung nationaler (regionaler) Identität und Interessen ist, neben den ausgeprägt anti-elitären Affekten, ein wesentlicher Grund für die erfolgreiche Mobilisierung rechtspopulistischer Parteien. Mit ihrer Kritik an etablierten Parteien und bestehenden Institutionen, sowie mit ihren rigiden, fremdenfeindlichen Positionen zu Migrationspolitik verknüpft mit Fragen der sozialen und inneren Sicherheit haben Rechtspopulisten aber nicht nur sehr erfolgreich

³⁴ Einige Beispiele dafür sind: Im Vorfeld der Euro-Einführung initiierte die FPÖ ein Schillings-Volksbegehren und tritt für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen ein, die SVP startete 2005 eine Kampagne gegen den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum und die Dansk Folkeparti mobilisierte bislang gegen jeden weiteren Integrationsschritt.

³⁵ Quelle: <http://www.hcstrache.at/downloads/08,97592727165,0808.pdf>.

³⁶ Quelle: <http://www.hcstrache.at/downloads/08,49157818128,0808.pdf>.

³⁷ Regierungsprogramm (04.02.2000: 49); <http://bkacms.bka.gv.at/2004/4/7/Regprogr.pdf> (Abgerufen: 02.02. 2006)

WählerInnen mobilisiert, sondern auch neue Themen auf die politische Agenda gebracht, die bislang von den etablierten Parteien nur unzureichend aufgegriffen worden waren.

Unter dem doppelten Druck des Wettbewerbs um Wählerstimmen und politische Lösungsangebote haben sich die programmatischen Positionen und Profile konservativer und liberaler Parteien seither verändert. Externe Faktoren wie die Europäische Integration, Krisensymptome wie anhaltende, hohe Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt auch die weltweit einsetzende Wirtschaftskrise oder die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben darüber hinaus dazu beigetragen bestimmte Themen auf die politische Agenda zu bringen und eine Neu- oder besser Reformulierung des Staats-, Gesellschafts- und Demokratieverständnisses rechter Parteien bewirkt.

Der Staat als Garant der Sicherheit

Die Rolle des Staates als Garant sozialer, innerer und äußerer Sicherheit hat in der Programmatik rechter Parteien insofern eine Neudefinition erfahren, da die innere Sicherheit zum bestimmenden Thema wurde. Während äußere und soziale Sicherheit zwar nach wie vor hoch gehalten werden, werden die (national)staatlichen Aufgaben reduziert und verlagert. Die äußere Sicherheit wird zunehmend auf die internationale Ebene, die soziale Sicherheit auf die gesellschaftliche und individuelle Ebene verlagert. Neues Zentrum (national)staatlichen Handelns bildet hingegen die innere Sicherheit. Mangelnde innere Sicherheit, die Verletzung geltender Gesetze und Kriminalität werden als die größte Bedrohung des inneren und sozialen Friedens angesehen und deren Bekämpfung zur zentralen Aufgabe staatlichen Handelns erklärt. Fragen der inneren Sicherheit haben erheblich an Bedeutung gewonnen. Chirac, Sarkozy, Berlusconi, aber auch die österreichische ÖVP und FPÖ haben die innere Sicherheit zu zentralen Wahlkampfthemen erhoben.³⁸ Die Kriminalitätsbekämpfung und seit 2001 auch die Terrorabwehr, die Grenzsicherung und in diesem Zusammenhang auch die Zuwanderung nehmen seither einen zentralen Stellenwert auf den politischen Agenden aller rechter Parteien ein.

³⁸ Zur Rolle des Wahlkampfthemas Innere Sicherheit in Frankreich vgl. Mayer, Nonna und Vincent Tiberj: Do issues matter? Law and order in the 2002 French presidential election. The French voter. Before and after the 2002 elections. In: Lewis-Beck, Michael S. (Hg.): The French voter. Before and after the 2002 elections. Houndmills/Basingstoke/Hampshire/New York 2004 : 33-46.

Zuwanderung wird als eine der zentralen Bedrohungen der inneren Sicherheit und des sozialen Friedens angesehen. Die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Migranten unter dem Stichwort „illegaler Einwanderung“ nimmt fremdenfeindliche Züge an, die sich unter dem Deckmantel von Rechtsstaatlichkeit und Gesetzestreue verbirgt. Unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung verschärfte die italienische Regierung erst 2008 die Einwanderungsbestimmungen nochmals drastisch. Demnach gilt die Einreise ohne entsprechende Papiere nicht mehr nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat, die zu Haftstrafen und Vorstrafen führen kann, die das Erlangen eines gültigen Aufenthaltstitels und eine weitere Integration praktisch unmöglich machen. Das Beispiel zeigt wie gezielt die Kriminalisierung von Migranten durch die Verschärfung von Bestimmungen betrieben wird. Mit einer rigiden Ausweisungspolitik und „Erfolgsmeldungen“ über die Abschiebung von Migranten, ungeachtet ihrer humanitären Situation oder Aufenthaltsdauer im Land, versuchten Regierungsparteien wie UMP oder FI ihr konsequentes Durchgreifen zu demonstrieren und von den eigentlichen Problemen wie in den Vorstädten Frankreichs und den wirklichen, häufig sozialen, Ursachen von Kriminalität oder Desintegration abzulenken.

Nicht nur die Bedrohung staatlicher Autorität, sondern auch die Wahrung des sozialen Friedens wird für law-and-order-Positionen und höchst restriktive Migrations- und Asylpolitiken ins Feld geführt. Die soziale Frage wird von Parteien wie der UMP neu definiert und nicht auf soziale Ungleichheit, sondern auf individuelle Sicherheit und elementarste Rechte bezogen.

„Angst und Furcht bedrohen die Schwächsten und Ärmsten unter uns, jene die sich nicht selbst schützen können; Gewalt und die Missachtung des Gesetzes gelingt es den sozialen Zusammenhalt zu zerstören. Für das Leben in der Gesellschaft ist die Achtung des Gesetzes unerlässlich. [...] Die Autorität des Staates und der Justiz müssen sicher stellen, dass jeder für seine Taten einsteht.“³⁹

Damit werden massiv Bedrohungsmomente geschürt. Der Bestand individueller, elementarster Rechte wie die Unversehrtheit, die in demokratischen Gesellschaften selbstverständlich sein sollten, werden in Zweifel gezogen. Der Staat wird auf seine elementarste Funktion, die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und

³⁹ „La peur et la crainte menacent alors les plus faibles et les plus démunis d'entre nous, ceux qui ne peuvent se protéger; la violence et le non respect de la loi finissent par détruire le lien social. La vie en société passe par le respect de la loi. [...] L'autorité de l'Etat et la justice doivent assurer que chacun réponde de ses actes.“ Quelle: Union pour un Mouvement Populaire: Charte de valeurs. http://www.ump.org/site/index.php/ump/l_ump/nos_valeurs/charte_des_valeurs.

Gewährleistung individueller Rechte reduziert. Sehr problematisch sind dabei der Einsatz der Mittel und die Projektion auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen anzusehen. Die Mittel, die zur Gewährleistung von Sicherheit eingesetzt werden sollen, überschreiten oft den rechtsstaatlichen Handlungsrahmen, bzw. nehmen die Verletzung oder Einschränkung individueller Freiheitsrechte billigend in Kauf, wie noch im folgenden Abschnitt ausgeführt wird. Außerdem werden Unsicherheitsmomente stark auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen projiziert. In diesem Zusammenhang werden xenophobe, islamophobe und soziale Ressentiments nicht mehr nur von rechtspopulistischen Parteien bedient. Der Appell an den „anständigen, rechtschaffenen Bürger“ hat längst Eingang in das rhetorische Repertoire anderer Politiker gefunden. So betonte Sarkozy 2007 im Wahlkampf er wäre der Kandidat für denjenigen Teil Frankreichs, der morgens früh aufsteht und hart arbeitet.

Wie zentral diese Themenbereiche geworden sind spiegelt sich nicht nur in den Wahlkämpfen und den Programmen rechter Parteien wider, sondern auch in ihrem Regierungshandeln. Entgegen der Forderung nach dem Rückzug des Staates, der für andere Politikbereiche erhoben wird, wurden Eingriffsrechte der staatlichen Exekutive mit der Begründung der inneren Sicherheit ausgeweitet und dadurch auch die Beschneidung individueller Freiheitsrechte in Kauf genommen.

Die Einführung von Videoüberwachung in öffentlichen Räumen, die Ausweitung der Zugriffsrechte der Polizei („Gesichtskontrollen“ oder stärkere Eingriffsrechte in den privaten Wohnraum) oder umfassendere Zugriffsmöglichkeiten auf persönliche Daten, wie die Vorratsdatenspeicherung, die Weitergabe von Fluggastdaten oder leichtere Online-Durchsuchungen wurden damit begründet. Selbst auf den Einsatz des Militärs im Inneren wird zurückgegriffen wie in Italien. Zuletzt ordnete Berlusconi nach einer Serie von Gewaltdelikten in Rom den Einsatz von Soldaten an.

Geflissentlich wird dabei verschwiegen, dass hingegen die Ressourcenausstattung der Polizei seit Jahren eher stagniert oder wie jüngst in Italien sogar gekürzt wurde.⁴⁰

Die Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit offenbaren einen Widerspruch zwischen den Forderungen nach dem Rückzug des Staates und der Verlagerung staatlicher Funktionen und dem gleichzeitigen Ausbau, mitunter repressiver,

⁴⁰ „Sicherheit al Silvio“, Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2008, <http://www.sueddeutsche.de/politik/896/304868/text/>.

staatlicher Zugriffs- und Eingriffsrechte, die außerdem durch die Externalisierung von Leistungen einer demokratischen Kontrolle weiter entzogen werden.

Zugleich weisen Äußerungen und Haltungen einiger Politiker und Parteien, mit denen die staatliche Autorität, demokratische und rechtsstaatliche Institutionen unterlaufen werden, auf einen mangelnden Respekt gegenüber dem Rechtsstaat hin. Jüngst hat Frankreichs Präsident Sarkozy, mit der Abschaffung der unabhängigen Untersuchungsrichter einen Vorstoß unternommen, der einer Politisierung der Justiz gleichkommt.⁴¹ Auch persönliche und politische Belange einzelner Politiker wird mit rechtsstaatlich problematischen Mitteln zur Durchsetzung verholten. Spitzenreiter in diesem Punkt ist Silvio Berlusconi, der sich mehrfach durch Rechtsanpassungen, die rechtsstaatliche Prinzipien verletzen, der Strafverfolgung wegen Korruption und Bestechung entzog.⁴² Letztes Jahr hat Berlusconi neuerlich ein Immunitätsgesetz verabschieden lassen, das die Träger der höchsten Staatsämter von Strafverfolgung ausnehmen soll. Bereits 2003 wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, aber vom Obersten Gericht für verfassungswidrig erklärt.⁴³ Nicht nur zu seinen eigenen Gunsten legte Berlusconi geltendes Recht auf zweifelhafte Weise aus: 2004 verkündete Berlusconi, dass jeder mit einer Steuerbelastung von mehr als 50 Prozent seines Einkommens, berechtigt sei das Steuergesetz zu brechen.⁴⁴ In Österreich sorgte vor allem die FPÖ durch entsprechende Verhaltensweisen für Aufsehen. So weigerte sich Jörg Haider als Landeshauptmann von Kärnten über Jahre Urteile des österreichischen Verfassungsgerichts zur Gleichstellung der slowenischen Minderheit in Kärnten umzusetzen.⁴⁵

Beispiele wie diese ließen sich noch viele weitere anführen, doch bereits jetzt wird deutlich, dass sich das Staatsverständnis sehr gewandelt hat. Augenscheinlich wird

⁴¹ Auf dem Weg in einen „Berlusconi-Staat“? faz.net vom 04.02.2009, <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EB0B6E93DBDDDF4D22A9508565ABCC4F9E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

⁴² Vgl. Rusconi, Gian E.: Berlusconi. Neuer Faschismus oder demokratischer Populismus? Blätter für deutsche und internationale Politik 2002, 47(8): 973-980.

⁴³ „Keine Strafverfolgung für Berlusconi“, Süddeutsche Zeitung vom 10.07.2008, <http://www.sueddeutsche.de/politik/296/448030/text/>.

⁴⁴ So Berlusconi im Corriere della Sera vom 17. Februar 2004.

⁴⁵ „Kärnten: VfGH mahnt weitere zweisprachige Ortstafeln ein“ DiePresse.com vom 03.07.2008, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/395857/index.do?from=simarchiv>. Ausführlicher zu Konflikten der österreichischen Bundesregierung mit dem Verfassungsgericht siehe Otti, Albert und Michael Karsten Schulze: Die Gewalten auf Konfrontationskurs? Eine Fallstudie über das Verhältnis von VfGH und Regierung in den Anfängen der Wende. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, 33(1): 67-79.

der Staat als Wahrer des Rechts und des Rechtsstaates verteidigt, doch individuelle Rechte werden im Zweifel einer potentiellen Bedrohung der kollektiven, nationalen Sicherheit untergeordnet. Darüber hinaus erfolgt ein höchst opportunistischer Umgang mit rechtsstaatlichen Institutionen und geltendem Recht, die persönlichen Interessen und politischem Kalkül untergeordnet werden. Die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit werden damit durch zunehmende Eingriffe von Regierungen bzw. Regierungsmehrheiten unterlaufen.

Die Reaktionen auf die ökonomische Krise

Vor dem Hintergrund, dass der Staat eine neue Rolle zugewiesen bekommen hat, die in erster Linie die Aufrechterhaltung von Ordnung zum Ziel hat, aus wirtschaftlichen Prozessen aber stark zurückgenommen wurde, sind die derzeitigen Reaktionen von Regierungen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise interessant. Entgegen des oberflächlichen Eindrucks der Staat würde sich wieder stärker in wirtschaftlichen Belangen engagieren, bestätigen die Krisenreaktionen vielmehr bestehende Strukturen. Auch wenn bislang nur vorsichtige Folgerungen aus den Krisenreaktionen gezogen werden können und sich die Reaktionen je nach wirtschaftlicher Situation und bestehenden Strukturen unterscheiden, lassen sich doch Gemeinsamkeiten erkennen:

Eine koordinierte, regulierte Wirtschafts- oder Finanzpolitik scheint nach wie vor in weiter Ferne. Selbst Vorstöße einer koordinierten Krisenreaktion auf europäischer Ebene verliefen bislang im Sande. Im Gegensatz dazu wurden bislang nur nationale Rettungspläne vorgelegt, bei denen die EU außen vor blieb und europäische Regeln vielmehr als störend angesehen und sogar verletzt wurden. Vorstöße einer europäischen Koordinierung hatten bislang in wenigen Fällen Erfolg. Der Versuch von Frankreichs Präsident Sarkozy, der einen Krisengipfel mit Deutschland, Großbritannien und Italien einberief, um eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu koordinieren erntete Kritik, auch weil Sarkozy vor allem auf die Aushebelung der Defizitkriterien und des Subsidiaritätsprinzips zielte. Der Vorschlag des französischen Finanzministers eines europäischen Rettungsfonds für Banken, stieß ebenso auf Kritik wie Aussagen von französischen Regierungsvertretern die

Maastrichtkriterien zu lockern.⁴⁶ Auch das Vorhaben der österreichischen Regierung einen europäischen Plan zur Rettung und Stützung osteuropäischer Staaten fand bislang kaum Unterstützer.⁴⁷ Ein Grund für das Scheitern dieser Vorstöße ist, dass dahinter in erster Linie nationale Interessen stehen. So wie die österreichische Regierung ein massives Interesse hat osteuropäische Staaten und Bankensysteme zu stützen, weil sich österreichische Banken stark in den osteuropäischen Nachbarstaaten engagiert haben. Wie stark und offensichtlich wieder in nationalstaatlichen Grenzen gedacht wird und wie hoch nationale Interessen gehängt werden, zeigen die Äußerungen Sarkozys und der französischen Regierung, die sehr protektionistische Forderungen in den Raum stellte und dafür eine deutliche Rüge von den europäischen Wettbewerbshütern in Kauf nahm.⁴⁸

Die nationalen Hilfspakete dienen hingegen in erster Linie dazu, bestehende Strukturen im Finanzsektor und Unternehmensstrukturen zu erhalten und nationale Wirtschaftsinteressen zu wahren. Die französische Regierung setzt alles daran die heimischen Automobilhersteller, Peugeot, Renault und Citroen zu retten, so wie in Deutschland das Augenmerk Opel gilt. In Frankreich legte Präsident Sarkozy Anfang Dezember ein Konjunkturprogramm mit 26 Milliarden Euro vor, das vor allem die Auto- und Baubranche stützen soll.⁴⁹ Der größte Teil dieses Pakets dient dazu die Liquiditätslage der Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern und staatliche Investitionen vorzuziehen. Große Industrieunternehmen will Frankreich durch einen 20 Milliarden Euro schweren Staatsfonds vor Übernahmen aus dem Ausland schützen. Auch in Frankreich werden besonders starke Maßnahmen zugunsten der Automobilindustrie ergriffen: eine „Verschrottungsprämie“, Steuerboni für Neuwagen, verbilligte Staatskredite und ein Investitionsfonds, der vor allem Zulieferfirmen stützen soll. Im Gegenzug verlangte die Regierung von den Automobilherstellern keinen Standort zu schließen und alles zu tun um Arbeitsplätze zu erhalten. Sarkozys weiteren Bedingungen, keine Standorte mehr zu verlagern oder französischen Zulieferfirmen den Vorrang zu geben, stimmten die Unternehmen nicht zu, wohlwissend, dass dies gegen europäische Wettbewerbsregeln verstoßen

⁴⁶ „EU warnt Sarkozy wegen Auto-Hilfen“ Handelsblatt, 10.02.2009.

⁴⁷ „Österreich muss zittern“ Die Tageszeitung vom 10.03.2009.

⁴⁸ „Sarkozy brüskiert Europa“ Süddeutsche Zeitung vom 09.02.2009.

⁴⁹ „Sarkozy gibt 26 Milliarden für Konjunktur aus.“ Die Welt vom 04.12.2008.

würde und kaum durchsetzbar wäre.⁵⁰ Mit solchen Äußerungen und der Beschimpfung von Bankmanagern fischt Sarkozy auf höchst populistische Weise nach Wählerstimmen, in dem er verbreitete Statusängste, wohlfahrtschauvinistische und anti-elitäre Haltungen bei französischen WählerInnen bedient.

In geringerem Umfang, aber mit sehr ähnlichen Maßnahmen reagierten bislang auch andere europäische Länder. In Italien schnürte die Regierung Berlusconi ein Krisenpaket, das auf rund sechs Milliarden Euro veranschlagt wird. Das italienische Vorhaben umfasst neben Steuererleichterungen für Unternehmen und mögliche Unterstützungen von Banken, aber auch konsumfördernde Maßnahmen wie Einkaufsschecks und Nachlässe bei der Stromrechnung für einkommensschwache Familien.⁵¹ In Österreich, das bislang in geringerem Maße von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist, folgte die Regierung mit den meisten Maßnahmen ihrem deutschen Nachbarn: Mit einer Erhöhung der Staatsgarantie von Spareinlagen, mit Krediten für Banken und Versicherungen, einer Verschrottungsprämie und einer Steuerreform.⁵² Die meisten europäischen Regierungen stehen einer stärkeren Beteiligung an Unternehmen oder Verstaatlichungen ablehnend gegenüber, obgleich mit Steuergeldern die Wettbewerbsfähigkeit und Existenz einiger Branchen und Unternehmen künstlich bewahrt werden soll. Lediglich in Ausnahmefällen behält man sich solche Maßnahmen vor. Nur in Frankreich wird die Verstaatlichung von Unternehmen auch von der konservativen Regierung in Erwägung gezogen und die derzeitige Wirtschaftspolitik mutet wie eine Renaissance des Gaullismus an, in dessen Staatsverständnis das Frankreich bis heute prägt, sollte dem Staat nämlich durchaus auch in der Wirtschaft eine aktive Rolle zukommen.⁵³

⁵⁰ „Sarkozy brüskiert Europa“ Süddeutsche Zeitung vom 09.02.2009, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/67/457724/text> .

⁵¹ „Wer geht mit der Konjunktur?“ Süddeutsche Zeitung vom 13.01.2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/668/454351/text/>.

⁵² Zu österreichischen Banken- und Konjunkturmaßnahmen siehe Presseberichte und Beschlussfassungen des Nationalrats:

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2008/PK0818/PK0818.shtml,

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2008/PK0834/PK0834.shtml,

http://www.parlinkom.gv.at/AK/SCHLAG/102Steuerreform%20BR_Portal.shtml.

⁵³ „Lieber arm statt reich auf Pump“ in FAZ.NET vom 22.11.2008,

<http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E76F8FE71310141FF8E34485ADFF25573~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

Die bislang aufgelegten Konjunkturprogramme verfestigen eher wirtschaftliche Strukturen, unterlaufen zugleich aber das Wettbewerbsprinzip. Mit Krediten, Ausfallbürgschaften sowie Investitionsprogrammen und -subventionen wird versucht bestehende Unternehmensstrukturen zu erhalten und zu stärken. Selbst unter den Vorzeichen, des Einsatzes von Steuergeldern zur Rettung von Unternehmen, schließen die meisten Regierungen Verstaatlichungen aus. Auf Maßnahmen, die direkt den Konsum fördern wird dabei, abgesehen von Vergünstigungen für Autokäufer, weitgehend verzichtet, vielmehr wird auf Investitionsförderung gesetzt. Allerdings unterlaufen damit gerade liberale und konservative Parteien, das so lange hoch gehaltene Wettbewerbsprinzip und die oft gepriesene wirtschaftliche Globalisierung. Strukturelle Maßnahmen, eine grundlegende Reform und stärkere Regulierung der Finanzmärkte, eine aktive Umgestaltung bestehender Unternehmens- und Beschäftigungsstrukturen nehmen die wenigsten Regierungen in Angriff. Auch der Notwendigkeit einer intensiveren und begleitenden Beschäftigungspolitik, die nicht nur dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt, sondern auch einen langfristigen Wandel der Beschäftigungsstrukturen stützt, wird nicht Rechnung getragen. Anstelle von Qualifizierungsmaßnahmen wird Kurzarbeit subventioniert und die Entlassung vieler Beschäftigter billigend in Kauf genommen. Lediglich die schwedische Rechts-Koalition scheint hier einem anderen Ansatz zu folgen, in dem sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen einen höheren Stellenwert haben. Die schwedische Regierung war nicht bereit finanzielle Mittel für die Rettung des Autoherstellers Saab herzugeben, um dessen Insolvenz zu verhindern. Stattdessen setzt die schwedische Regierung auf Qualifikationsmaßnahmen, Umschulungen und Jobvermittlung, für die Anfang des Jahres über 350 Millionen Euro bereit gestellt wurden.⁵⁴

Angesichts der aktuellen Entwicklungen und einseitigen Maßnahmen der Regierungen scheinen linke Parteien gut beraten ihre Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu überdenken. Denn sowohl ein Inflationsanstieg mit Kaufkraftverlusten als auch steigende Arbeitslosigkeit sind als Folgen der derzeitigen Politik zu erwarten. Um den damit wachsenden Status- und Verlustängsten in der Bevölkerung und zunehmenden Bevölkerungsteilen, die von sozialem Abstieg

⁵⁴ <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,druck-609658,00.html>.

bedroht sind, zu begegnen, muss gezielt mit alternativen Modellen und Lösungsangeboten eine sozioökonomische Perspektive entwickelt werden.

Die Revitalisierung christlicher Werte und der nationalen Identität

Wie bereits angesprochen teilen konservative, liberale und rechtspopulistische Parteien ein Gesellschaftsbild, das wesentlich auf dem Leistungsprinzip basiert und in dem Individuen und Zivilgesellschaft als Leistungsträger angesehen werden. Im Unterschied zu liberalen Parteien folgen rechtspopulistische und konservative Parteien aber einem Ideal gesellschaftlicher Ordnung, das stärker an traditionellen Rollen- und Ordnungsmustern orientiert ist. So wird bei der UMP, ÖVP und FPÖ wie bei Forza Italia die Rolle der traditionellen Familie als Keimzelle der Gesellschaft betont:

"Wir denken, dass die Familie das grundlegende Element unserer Gesellschaft ist. Familien und Gesellschaft sind heutzutage immer fragmentierter. Wir denken hingegen, dass die aktive Rolle der Familie klar anerkannt werden muss, im Bewusstsein, dass sie nicht von anderen gesellschaftlichen Konfigurationen ersetzt werden kann."⁵⁵

In diesem Punkt unterscheiden sich liberale Parteien noch am deutlichsten von konservativen Parteien, da sie in der Regel ein moderneres, liberales Gesellschaftsbild vertreten, das modernen Lebensentwürfen aufgeschlossener gegenübersteht.

Rechtspopulisten vertreten dagegen ein Gesellschaftsbild, das von einer natürlich gewachsenen, ethnisch-kulturell definierten Gemeinschaft ausgeht. Aus dieser ethnisch-kulturellen Gemeinschaft leiten Rechtspopulisten nicht nur einen identitären Volkswillen ab, als dessen wahre Vertreter sie sich darstellen. Vielmehr konstituiert diese Gemeinschaft zugleich die Solidargemeinschaft, in der Wohlfahrt geteilt wird und die politische Gemeinschaft, den Demos, von dem die Volkssouveränität ausgeht. Damit handelt es sich auch um ein exklusives Gesellschaftsbild, das Menschen anderer Herkunft dezidiert von ökonomischer, sozialer und politischer Teilhabe ausgrenzt. Das äußert sich am deutlichsten in Positionen, die darauf abzielen Nicht-Staatsbürgern den Zugang zu Sozialleistungen oder dem Wahlrecht

⁵⁵ "Noi pensiamo che la famiglia sia l'elemento fondamentale della nostra società. Oggi le famiglie e la società sono sempre più frammentate. Noi pensiamo che sia invece necessario riconoscere chiaramente il ruolo attivo della famiglia, nella consapevolezza che questa non può essere sostituita da altre figure sociali." Quelle: Forza Italia, Carta dei valori, 2004, <http://www.forzaitalia.it/images/cdv/cartadeivalori.pdf>.

grundsätzlich zu verweigern, die Einbürgerung hinauszuzögern und zu erschweren.⁵⁶ Damit wird eine doppelt ausgrenzende Gesellschaftsstruktur befürwortet, eine vertikale, die dem Leistungsprinzip folgt und eine horizontale, die der Zugehörigkeit nach Herkunft folgt.

In den letzten Jahren haben konservative Parteien wie die UMP oder die ÖVP, die durch rechtspopulistische Parteien unter Druck geraten waren, immer wieder zumindest Fragmente dieser rechtspopulistischen Gesellschaftsordnung übernommen. Die Wahrung nationaler Identität und nationaler Interessen wurden auch von konservativen Politikern wiederentdeckt, in ihre Programmatik integriert und in Regierungshandeln umgesetzt. Im Unterschied zu rechtspopulistischen Parteien werden bei liberalen und konservativen Parteien, die solche Positionen angenommen haben, nationale Identität und nationale Interessen aber nicht zur obersten Handlungsmaxime erhoben, sondern stärker von wirtschaftspolitischen Motiven gekreuzt und wirtschaftsliberalen Positionen untergeordnet.

Gesellschaft und Politik werden aber von allen rechten Parteien wieder sichtlich stärker innerhalb nationaler Dimensionen gedacht. Das äußert sich nicht nur in den Positionen der Parteien zu Migration und Integration, sondern auch in ihren Haltungen zu Wohlfahrt, Sicherheit und Teilhabe an demokratischen Rechten wie auch in den europapolitischen Positionen der Parteien. Konservative oder liberale Parteien, die eine entsprechende Entwicklung vollzogen haben, betonen utilitaristische Motive stark. Das heißt den ökonomischen Nutzen für das eigene Land. Sozialpolitische Maßnahmen, die in erster Linie die ökonomische Leistungsfähigkeit des Einzelnen erhalten sollen, werden (noch) stärker auf Staatsbürger eingeschränkt. Die Zuwanderungspolitik folgt in erster Linie der ökonomischen Nützlichkeit. Schlagworte wie „ausgewählte Migration“, „Saisonarbeitsmodelle“, „migration choisie“, „bluecards“ sind Modelle, die an die Tradition von Gastarbeitermodellen anknüpfen. Dabei wird in erster Linie

⁵⁶ Beim Front National wurde die generelle Benachteiligung von Menschen ohne französische Staatsbürgerschaft mit dem Schlagwort der „*préférence nationale*“ belegt. Neben ihren Forderungen nach einem Zuwanderungsstopp, ausschließlich befristeten Aufenthalts und erschwerten Einbürgerungsregeln wirbt die FPÖ mit dem Ausschluss von Migranten aus sozialen Sicherungssystemen: „Private Versicherungspflicht für Ausländer und Ausgliederung aus der allgemeinen Sozialversicherung.“ Quelle: FPÖ: „Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs“ 2006, http://www.fpoeparlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pdf

unternehmerischen Interessen, an Fachpersonal, Hochqualifizierten, aber auch an billigen Arbeitskräften, Rechnung tragen. Zuwanderung wird aber an sich negativ beurteilt. Der Aufenthalt von Migranten soll nur vorübergehend sein und gesellschaftliche, ökonomische, soziale oder politische Teilhaberechte sollen Migranten vorenthalten werden.⁵⁷ So wurden in Österreich bereits Anfang der 1990er Jahre unter der großen Koalition von SPÖ und ÖVP bereits Zuwanderungsquoten eingeführt. Seither und besonders unter der ÖVP-FPÖ-Koalition wurden Aufenthaltsbedingungen oder auch die Möglichkeiten die Staatsbürgerschaft zu erlangen immer weiter erschwert.⁵⁸ Nach dem ersten italienischen Einwanderungsgesetz von 1986 folgten 1990, 1998, 2002 weitere Gesetze, die in erster Linie darauf zielten die Möglichkeiten legaler Einwanderung einzuschränken und Zuwanderung zu bekämpfen. Gerade mit dem Gesetz der Regierung Berlusconi von 2002 und 2008 wurden die Einreisemöglichkeiten und Rechte von Zuwanderern drastisch eingeschränkt, die Möglichkeiten zur Ausweisung wurden hingegen ausgeweitet. Mit festgelegten Einreisequoten und der Notwendigkeit eines vor der Einreise bestehenden Arbeitsangebotes folgte Italien dem Trend einer Einwanderungspolitik nach dem „Gastarbeitermodell“, das heißt nach der ökonomischen Nützlichkeit von Zuwanderern. Für die gesellschaftliche Integration von Einwanderern wurde hingegen kaum etwas unternommen, so ist nach wie vor die Einbürgerung relativ schwierig und dem Abstammungsprinzip verpflichtet.⁵⁹ Auch Frankreich folgte mit seiner Zuwanderungspolitik bereits seit den 1990er Jahren diesem Trend und unter Sarkozy setzte sich das Modell der „immigration choisie“

⁵⁷ Ein knapper Überblick zu aktuellen Einbürgerungsgesetzen und Integrationsbedingungen in Europa vgl. Europa: Einbürgerung im Vergleich in Migration und Bevölkerung, http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/artikel/060304.htm.

⁵⁸ So wurden mit dem neuen Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und de der Staatsbürgerschaftsnovelle 2005 entsprechende Maßnahmen durchgesetzt. Migration und Bevölkerung – Newsletter. Oktober 2005, http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/artikel/050803.htm. Ausführlicher zur migrationspolitischen Debatte in Österreich unter der schwarz-blauen Regierung vgl. König, Karin und Bernhard Perchinig: Austria. In: Niessen, Jan, Yongmi Schibel und Cressida Thompson: Current Immigration Debates in Europe, Brüssel/Wien 2005, http://www.migpolgroup.com/multiattachments/2956/DocumentName/EMD_Austria_2005.pdf.

⁵⁹ Vgl. Migration und Bevölkerung – Newsletter. September 2003 und September 2008. http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/artikel/030704.htm und http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=080705. Zur migrationspolitischen Debatte in Italien vgl. Chaloff, Jonathan: Italy. In: Niessen, Jan, Yongmi Schibel und Cressida Thompson: Current Immigration Debates in Europe, Brüssel/Wien 2005,

(ausgewählte Migration) durch.⁶⁰ Dagegen sind in Frankreich aufgrund des republikanischen Prinzips Teilhaberechte von Migranten mit regulärem Aufenthaltsstatus, soziale Rechte von Migranten oder durch die Einbürgerung nach dem Bodenprinzip, etwas besser ausgebaut und abgesichert.⁶¹ Das hinderte jedoch die Regierungen nicht daran, wenn möglich, die Ungleichbehandlung von Migranten per Gesetz zu verschärfen.⁶²

Das utilitaristische Zuwanderungsmodell, das sich in den meisten Staaten Europas durchgesetzt hat, wurde inzwischen auch auf europäischer Ebene angenommen. Mit der „Bluecard“ wurde eine europäische Regelung für die Arbeitsaufnahme und Einwanderung aus sogenannten Drittstaaten geschaffen. Eine Maßnahme, die vor allem auf Hochqualifizierte und Fachkräfte zielt und eine weitere Abschottung vor ökonomisch unerwünschter Einwanderung manifestiert, hingegen gut ausgebildete Arbeitskräfte aus diesen Ländern abzieht.⁶³ Andere Formen der Zuwanderung werden hingegen als unerwünscht betrachtet und als Bedrohung für die Gesellschaft, des sozialen und inneren Friedens und der nationalen Identität angesehen. Vor allem konservative und rechtspopulistische Parteien haben dieser Politik zur Durchsetzung verholfen.

Die großen Parteien der Rechten wie UMP, FI oder ÖVP haben damit in ihre Programmatik integriert, was in den 1980er und 1990er Jahren rechtspopulistische Parteien auf die politische Agenda gebracht haben. Migrationspolitik wurde zu einem wichtigen Politikfeld für Parteien und Regierungen, nationale Identität und nationale Wohlfahrt wurden zu Motiven für das Regierungshandeln und fremdenfeindliche Rhetorik zu zentralen Argumenten in Wahlkämpfen.⁶⁴

⁶⁰ Vgl. Länderprofil Frankreich in Focus Migration, März 2007. Eine Übersicht zur Entwicklung der Einwanderungspolitik in Frankreich: „La politique d’immigration (1974 - 2005). 30 ans de maîtrise des flux migratoires.“, <http://www.vie-publique.fr/politiques-publiques/politique-immigration/index/>.

⁶¹ Zur rechtlichen Stellung von Migranten im Vergleich siehe Migrant Integration Policy Index, <http://www.integrationindex.eu/Integrationsindex>.

⁶² Im Zuge der 1990er Jahre wurden durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen der Zugang zu Sozialleistungen immer stärker vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht und immer mehr Gruppen vom Leistungsbezug ausgeschlossen.

⁶³ Vgl. Migration und Bevölkerung – Newsletter. September 2008, [http://www.focus-migration.de/Einzelansichten.1316.0.html?tx_wilpubdb_pi1\[article\]=1456&cHash=2aeaa8ece7](http://www.focus-migration.de/Einzelansichten.1316.0.html?tx_wilpubdb_pi1[article]=1456&cHash=2aeaa8ece7)

⁶⁴ In Österreich trug die große Koalition von SPÖ und ÖVP dazu bei Migrationspolitik zu einem wichtigen Thema zu machen, was zeigt, dass nicht nur rechte Parteien, sondern auch sozialdemokratische Parteien bereits in den 1980er Jahren problematisierten und einer restriktiven Zuwanderungspolitik das Wort redeten. Profitiert hat davon aber vor allem die FPÖ,

Auch mit symbolischen Akten wurde der neuen Relevanz nationaler Identität und der Migrationspolitik Rechnung getragen. So wurde in Frankreich unter Präsident Sarkozy ein Ministerium für Einwanderung, Integration und nationale Identität eingerichtet.⁶⁵ In Dänemark gibt es seit 2001 ein Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration, das bezeichnenderweise von der konservativ-liberalen Minderheitsregierung eingeführt wurde, die sich auf die rechtspopulistische Dansk Folkeparti stützte. In den Niederlanden trat im November 2008 die Ministerin für Integration, Ella Vogelaar von den Sozialdemokraten, zurück, weil sie aus den Reihen ihrer Partei und Regierungskoalition für einen zu verständnisvollen Kurs gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund kritisiert worden war.⁶⁶ Ein weiteres Beispiel dafür, dass auch sozialdemokratische Parteien in Teilen diese neue Politik mit tragen und verantworten.

Gerade bei konservativen Parteien christdemokratischer Prägung ging noch eine weitere Entwicklung damit einher: die Revitalisierung von christlichen Werten. Besonders stark wurde dieser Trend nach den Attentaten von 2001. In der Wertekarte der Forza Italia kommen die starken Bezüge auf traditionelle, christliche Werte deutlich zum Ausdruck:

"Dies ist das Zentrum unseres Entwurfes [...]: Die Verteidigung der moralischen Prinzipien und der bürgerlichen wie religiösen Werte, die Verteidigung der Familie und unserer Wurzeln, die Verpflichtung von Neuankömmlingen, unsere Kultur zu respektieren, die Verteidigung unserer Unternehmen, unserer Arbeit."⁶⁷

Inzwischen beschwören Politiker rechter Parteien bei vielen Gelegenheiten die abendländisch-christliche Tradition. So erklärte Berlusconi sogar im Zusammenhang mit dem Müllskandal in Neapel nach der Beseitigung des Mülls durch die Regierung: "Jetzt ist Neapel wieder eine abendländische Stadt, in der kein Müll mehr

deren Positionen dadurch legitimiert wurden. Vgl. Zuser, Peter: Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses. Reihe Politikwissenschaft. Institut für Höhere Studien. Wien 1996: 1-89. Allgemeiner zum Einfluss rechtspopulistischer Parteien in der Migrationspolitik vgl. Schain, Martin A.: The extreme-right and immigration policy-making: measuring direct and indirect effects. *West European Politics* 2006, **29**(2): 270-289.

⁶⁵ Ministère de l'Immigration, de l'Intégration, de l'Identité nationale et du Développement solidaire, <http://www.immigration.gouv.fr>

⁶⁶ Migration und Bevölkerung – Newsletter. Dezember 2008, http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=081005.

⁶⁷ "Questo è il centro del nostro disegno, tanto sul lato politico quanto sul lato economico, tanto in Italia quanto in Europa: la difesa dei principi morali e dei valori, civili e religiosi, la difesa della famiglia e delle nostre radici, l'impegno a rispettare la nostra civiltà da parte di chi entra, la difesa delle nostre imprese, del nostro lavoro." Forza Italia, Carta dei valori, 2004.

herumliegt.“⁶⁸ Auch Parteien wie die FPÖ, die eher säkular geprägt sind, haben seither religiöse Motive aufgenommen. Bei der FPÖ äußerte sich das zuletzt in islamophoben Parolen wie „Daham statt Islam“ oder „Wien darf nicht Istanbul werden“⁶⁹. Und selbst in Frankreich, wo traditionell eine stark laizistische Tradition herrscht, betont die UMP neuerdings christliche Werte und stellt das republikanische Prinzip der Laizität in Frage.⁷⁰

Fasst man diese Entwicklungen zusammen, tritt ein höchst exklusives Gesellschaftsmodell hervor, das Menschen anderer Herkunft und anderen Glaubens ausschließt und Teilhabechancen nur nach der ökonomischen Leistungsbereitschaft und -fähigkeit zugesteht. Ein Modell, das sich von einer offenen, toleranten und demokratischen Gesellschaftsidee weit entfernt hat.

Demokratie als Herrschaftsinstrument

Nahezu alle Parteien quer durch das politische Spektrum thematisieren seit geraumer Zeit Funktionsdefizite der Demokratie, allen voran die sinkende Wahlbeteiligung und den Vertrauensverlust der Bürger in politische Institutionen und politische Akteure. Die Schlüsse und „Lösungsvorschläge“, die Parteien daraus ziehen variieren jedoch stark. Diese sind abhängig von den unterschiedlichen gegebenen institutionellen Voraussetzungen in ihren Ländern, von ihren ideologischen Orientierungen und ihrer eigenen Rolle im politischen System.

Bei liberalen und konservativen Parteien hat sich ein eher formalistisches Demokratieverständnis durchgesetzt, das formale demokratische Prozesse, wie parlamentarische Willensbildung, Wahlen und gegebenenfalls Volksabstimmungen, als Kern der Demokratie ansieht. Prozesse, die auf Wettbewerb und Pluralismus basieren und die Gültigkeit von individuellen Freiheitsrechten voraussetzen. Dieses

⁶⁸ Zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 4.8.2008.

⁶⁹ Eine Abbildung des Plakats findet sich unter <http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/bilder.html?index=1840>.

⁷⁰ Bereits 2004 erregte Sarkozy in seinem Buch „La République, les religions, l'espérance“ mit Äußerungen, die als positive Laizität verbrämt wurden, Aufsehen. Danach sieht Sarkozy religiöse Werte als notwendig an, um eine moralische und gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Republik oder Gesetze würden keinen moralischen Grundsätzen folgen und könnten keine moralische Ordnung gewährleisten. Vielmehr sei die Bedeutung religiöser Werte in der laizistischen Republik Frankreichs viel zu lange unterschätzt worden. Eine Haltung, die er bei seiner Ansprache bei der Ernennung zum Ehrenkanonikus der Lateranbasilika in Rom am 20.12.2007 unterstrich. Quelle: http://www.elysee.fr/documents/index.php?mode=cview&press_id=819&cat_id=7&lang=fr.

formelle, repräsentativ-parlamentarische Demokratieverständnis unterscheidet sich deutlich vom Demokratieverständnis linker Parteien, da es sich weitgehend auf die politisch-institutionelle Sphäre beschränkt. Linke Parteien fordern hingegen häufig die Durchdringung anderer gesellschaftlicher Bereiche, zum Beispiel der Arbeitswelt, mit demokratischen Strukturen und Prozessen. Zum andern ist das Demokratieverständnis linker Parteien eher normativ aufgeladen, das heißt Demokratie bedeutet mehr als die Einhaltung von Prozeduren, sondern wird mit bestimmten inhaltlichen Zielen, zum Beispiel einer umfassenderen Gleichheit und Gleichberechtigung, verknüpft. Demgegenüber nimmt sich das Demokratieverständnis konservativer und liberaler Parteien als ein minimalistisches Demokratieverständnis aus, das Repräsentation, Partizipation durch Wahlen und Abstimmungen, den Wettbewerb politischer Akteure und die Entscheidungsfindung durch Mehrheiten in das Zentrum stellt.

Davon unterscheidet sich das Demokratieverständnis rechtspopulistischer Parteien in einem zentralen Punkt. Zwar haben rechtspopulistische Parteien dieses prozedurale Demokratieverständnis übernommen, im Unterschied dazu gehen Rechtspopulisten aber von einem vorausgesetzten Volkswillen aus, als dessen legitime Vertreter sie sich darstellen, und negieren den Interessenpluralismus. Sie fordern deshalb ein unmittelbares Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten. Das äußert sich in Forderungen nach direkten Persönlichkeitswahlen, Volksabstimmungen und der Kritik an repräsentativen Institutionen wie Parlamenten. Das Demokratiemodell rechtspopulistischer Parteien weist allerdings stark anti-pluralistische Züge auf, ist strikt mehrheitsdominiert und läuft auf einen plebiszitären Präsidentialismus hinaus. Willensbildungsprozesse werden auf den Akt der Zustimmung reduziert und die Regierung (Exekutive) wird zulasten der anderen Gewalten, Legislative und Judikative, gestärkt.

Einige Elemente rechtspopulistischer Demokratievorstellungen haben auch Eingang in die Rhetorik liberaler und konservativer Parteien gefunden. „Bürgernähe“ oder „Proximité“ sind die Schlüsselworte, mit denen auch diese Parteien versuchen politischem Desinteresse und steigendem Misstrauen zu begegnen. Damit soll eine unmittelbare Beziehung zwischen Bürgern und Politikern angedeutet werden. Auch Forderungen nach mehr direkter Demokratie haben Eingang in ihre Programmatik gefunden. Damit soll der Eindruck vermittelt werden, man beabsichtige die

WählerInnen stärker an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Forderungen aber weniger als Instrumente die Volkssouveränität und Bürgerbeteiligung im politischen Prozess zu stärken, sondern eher als Instrumente die Exekutive zu stärken und die parlamentarische Mitwirkung wie Kontrolle auszuhebeln. Viele dieser Forderungen haben zudem eher symbolischen Charakter, weil sie Lippenbekenntnisse bleiben oder für die Bürgerbeteiligung wirkungslos bleiben. Entweder werden die Hürden und Einschränkungen bei direktdemokratischen Verfahren so hoch gesetzt, dass sie in der politischen Praxis weiterhin eine geringe Rolle spielen oder weit häufiger bleibt es bei bloßen Lippenbekenntnissen. Denn bislang haben Forderungen nach der Stärkung direktdemokratischer Verfahren kaum Niederschlag im Regierungshandeln gefunden. Vielmehr zeigte sich bei Reformen politischer Institutionen, dass die beteiligten Entscheidungsträger vor allem nach kurzfristigen, eigenen Interessen handeln. Die Forderungen in Wahlkampfzeiten und der tatsächliche Umgang mit den demokratischen Institutionen erweisen sich meist als instrumentell, folgen taktischem Kalkül und Interessen des Machterhalts. Das zeigte sich in der Vergangenheit am deutlichsten in Wahlsystemreformen in Frankreich oder Italien, mit denen ganz gezielt versucht wurde unliebsame politische Konkurrenten schlechter zu stellen.⁷¹ Eine Verhaltensweise, die aber keineswegs nur rechten Parteien eigen ist, sondern bei Parteien unabhängig ihrer ideologischen Herkunft zu beobachten ist, wenn sie an der Regierung sind und um ihre Macht fürchten.

Abgesehen von den Absichten bestehende politische Systeme und Verfassungen zu reformieren, kam es zu einschneidenden Veränderungen der politischen Systeme in der Verfassungspraxis. Faktisch kam es in den vergangenen Jahren zu einer Machtkonzentration bei der Exekutive. Durch Prozesse wie die europäische Integration wurden nationale Parlamente unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierungsparteien eher entmachtet als gestärkt. Zum einen verloren nationale Parlamente Gesetzgebungskompetenzen an die europäische Ebene, zum anderen wurden formelle und informelle Mitwirkungsmöglichkeiten von Parlamenten eingeschränkt, zugleich aber die Regierungen mit Verhandlungsmacht

⁷¹ Siehe „Berlusconis faules Vermächtnis“ Süddeutsche Zeitung vom 24.01.2008, <http://www.sueddeutsche.de/politik/124/430875/text/>. Zur (manipulativen) Praxis von Wahlsystemreformen vgl.auch: Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie der Wahlsysteme, Opladen 2004 (4. Aufl.).

ausgestattet.⁷² Durch andere Entwicklungen wurde die Machtkonzentration bei der Exekutive aber oft noch verstärkt. So wurden Instrumente der Regierung, um das Parlament zu kontrollieren und den parlamentarischen Willensbildungsprozess zu steuern immer massiver eingesetzt. Mit Eilverfahren, einer Flut von Gesetzesvorlagen oder sehr umfangreichen Gesetzesvorlagen wurde eine effiziente und effektive parlamentarische Arbeit unterlaufen. Das gilt für die französischen und italienischen Regierungen ebenso wie für die ÖVP-FPÖ-Koalition in Österreich.

Eindeutig ist der Trend zur Machtkonzentration in den letzten Jahren in Frankreich, wo seit 2002 die zentralen Institutionen - Präsident, Nationalversammlung und Senat - von der UMP dominiert werden und demokratische Kontrolle durch das Parlament bzw. die Opposition nur mehr eingeschränkt erfolgen kann. Die Dominanz der UMP über die wichtigsten Institutionen hebt die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive weitgehend aus. Jüngste Vorhaben von Präsident Sarkozy die Untersuchungsrichter abzuschaffen und durch eine dem Justizministerium unterstellte Staatsanwaltschaft zu ersetzen, greifen darüber hinaus auch auf die Judikative über.⁷³ Maßnahmen wie diese unterstreichen, dass die hegemoniale Stellung der UMP im politischen System Frankreichs mehr als ein Produkt zufälliger, politischer Mehrheitsverhältnisse ist, sondern gezielt gestärkt wird. In anderen Ländern, nimmt die Dominanz der Regierung über das politische System nicht ganz solche Ausmaße an. Aber auch in Österreich oder Italien sind solche Tendenzen erkennbar. Unter den Regierungen von Berlusconi kam es wiederholt zur massiven Kritik und zu Eingriffen in das Justizwesen.⁷⁴ In Österreich, wo weite Bereiche der Gesellschaft stark von den dominierenden Parteien SPÖ und ÖVP durchdrungen waren, hat die Regierungsbeteiligung der FPÖ keineswegs zur Abschaffung des Parteienproporz geführt, den die FPÖ so vehement gefordert hatte. Vielmehr haben ÖVP und FPÖ ihre Einflussmöglichkeiten abgesichert, wenn es um die Besetzung von Schlüsselpositionen in Institutionen, Unternehmen oder öffentlichen Medien ging. An der parteipolitischen Dominanz sämtlicher Institutionen hat sich

⁷² Vgl. Suzanne S Schüttemeyer: Neue Problemlagen. Informationen zur politischen Bildung, Heft 295. Bonn 2007. http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=4QNOKV&page=1

⁷³ "Nicolas Sarkozy confirme qu'il veut supprimer le juge d'instruction" Le Monde vom 07.01.2009.

⁷⁴ Vgl. Rusconi, Gian E.: Berlusconi. Neuer Faschismus oder demokratischer Populismus?" Blätter für deutsche und internationale Politik 2002, 47 (8): 973-980.

demnach wenig geändert, nur ihre Zusammensetzung nach politischer Couleur veränderte sich.⁷⁵

Insofern lassen sich zwei Trends feststellen, die für die Demokratie abträglich sind und die Dominanz rechter Parteien zu festigen drohen: Erstens zeigen sich bei einigen Regierungen bzw. Parteien des rechten Lagers Ansätze Demokratie immer stärker auf eine Abstimmungsdemokratie zu reduzieren, während kontrollierende Institutionen oder eine breite Interessenvertretung und -berücksichtigung unterlaufen werden. Zweitens wird das Demokratieverständnis egal welcher Prägung immer häufiger einem instrumentellen Umgang mit demokratischen Institutionen und Verfahren untergeordnet, einzig mit dem Ziel des Machterhalts und der Durchsetzung politischer Vorhaben.

Der neue rechte Wertekanon

Den selbsterklärten, neuen, Wertekanon der politischen Rechten bilden wirtschaftlicher Liberalismus, nationale Identität und religiöse, genauer christliche, Werte. Die Gesellschaft wird als Gemeinschaft der Leistungsfähigen und -willigen, der braven, rechtschaffenen und angepassten Bürgern mit bürgerlichen Tugenden und christlichen Werten interpretiert. Vor allem konservative aber auch einige liberale Parteien, wie die niederländischen Liberalen, haben sich in einigen Punkten rechtspopulistischen Parteien angenähert und deren Zielen zur Durchsetzung verholfen. Das zeigt sich in der stärkeren Betonung nationaler Identität, besonders deutlich im Bereich der Migrationspolitik und der Inneren Sicherheit, oder auch im Aufgreifen populistischer Elemente, die eine unmittelbarere Politik symbolisieren sollen.⁷⁶ Es zeigen sich aber nach wie vor signifikante Unterschiede zwischen konservativen, liberalen und rechtspopulistischen Parteien in der Akzentuierung dieser einzelnen Aspekte, die nicht übersehen werden dürfen. Die ideologischen Traditionen der Parteien und ihre soziale Verankerung machen sich dabei immer noch bemerkbar. So hat die Revitalisierung christlicher Werte bei konservativen Parteien christdemokratischer Prägung einen anderen Stellenwert, als bei den

⁷⁵ Müller, Wolfgang C. und Marcello Jenny: „Business as usual“ mit getauschten Rollen oder Konflikt statt Konsensdemokratie? Parlamentarische Beziehungen unter der ÖVP-FPÖ-Koalition.“ Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, **33** (3): 309-326.

⁷⁶ Zum erfolgreichen Agendasetting rechtspopulistischer Parteien und ihrem Einfluss auf die Regierungstätigkeit vgl. Minkenberg, Michael: The radical right in public office: Agenda setting and policy effects. West European Politics 2001, **24** (4): 1-21.

säkular geprägten rechtspopulistischen oder liberalen Parteien. Ebenso fällt konservativen oder rechtspopulistischen Parteien der Ruf nach dem starken Staat, ob im Rahmen einer protektionistischen Wirtschaftspolitik oder repressiver Sicherheitsmaßnahmen leichter wie liberalen Parteien. Unterschiede, die auch erklären warum liberale Parteien wie das Liberale Forum in Österreich, MoDem in Frankreich oder auch die Freisinnigen in der Schweiz oftmals das Nachsehen gegenüber rechtspopulistischen oder konservativen Parteien hatten. Wie stark diese einzelnen Aspekte betont werden und welche unterschiedlichen Ausprägungen diese annehmen hängt von der ideologischen Tradition der Parteien ab, ihrer potentiellen Wählerschaft und den vorherrschenden Traditionen der Länder ab.

Gerade aber das Schüren von Statusängsten in Kombination mit fremden- und islamfeindlichen Aussagen verfangt offenbar bei vielen WählerInnen. Für linke Parteien offenbart sich hieraus ein Dilemma, denn gerade WählerInnen, die traditionell der Wahl linker Parteien zuneigten, wechseln häufig aus diesen Motiven zu rechtspopulistischen Parteien. Eine Adaption solcher Positionen würde jedoch linke Parteien vor eine Zerreißprobe stellen, da fremdenfeindliche oder diskriminierende Aussagen dem ideologischen Fundament der Linken, dem Streben nach universeller Gleichheit, zuwider laufen. Mit den Gegenpositionen können sich linke Parteien in Wahlkampfsituationen allerdings nur schwerlich profilieren. Zu komplex sind die Argumentationen, um den einfachen Parolen von rechts zu begegnen. Das heißt aber nicht, dass linke Parteien ihr Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aufgeben sollten, im Gegenteil sie sollten mit Kampagnen und Aufklärungsarbeit viel stärker dagegen halten. In Wahlkampfsituationen sollten sich linke Parteien aber vielmehr den verbreiteten Statusängsten und Verdrossenheitsmomenten bei WählerInnen annehmen und eine ökonomische Perspektive und politische Alternative für diese WählerInnen aufzeigen.

Die Strategien rechter Parteien

Die Strategien der Parteien haben sich aufgrund veränderter Wettbewerbssituationen und aufgrund veränderter Ressourcen stark gewandelt. Das gilt für Parteien entlang des gesamten politischen Spektrums. Die lokale Verwurzelung und Verankerung in Vorfeldorganisationen, die einst Massenmitgliederparteien kennzeichneten, hat angesichts der gestiegenen Bedeutung der Massenmedien, vor allem des

Fernsehens und des Internets, an Bedeutung verloren. Mitgliederschwund einerseits, die Bedeutung visueller Medien, die Professionalisierung und Machtkonzentration bei den Parteizentralen andererseits, haben die Organisationsstrukturen und Strategieoptionen der Parteien stark verändert. Stark gestiegene Wahlkampfkosten, die Professionalisierung von Kampagnen und die Veränderung der Wahlwerbung haben Parteien nicht nur strategische Anpassungen abverlangt, sondern stellen auch andere Anforderungen an ihre materielle und personelle Ausstattung sowie ihre Organisationsstruktur. Veränderte Mehrheitsverhältnisse, das Schwinden eindeutiger Mehrheiten bei Wahlen erforderten außerdem Anpassungen ihrer politischen Bündnisstrategien. Auf diese Herausforderungen haben Parteien des rechten Lagers offenbar erfolgreichere Anpassungsstrategien entwickelt, wie linke.

Neue Organisationsstrukturen

Traditionelle Massenmitgliederparteien mit ausgeprägten parteiinternen Willensbildungsprozessen sind im Schwinden begriffen. Das liegt nicht nur daran, dass die Mitgliederzahlen seit langem rückläufig sind. Es gibt zwar nach wie vor Parteien wie die ÖVP, die bis heute Massenmitgliederparteien sind, häufiger und erfolgreicher sind aber Parteien neuen Typs geworden, bei denen sich neue Formen der Mitgliedschaft und neue Organisationsstrukturen herausgebildet haben.

Viele Parteien wie Forza Italia, FPÖ oder Lega Nord sowie die UMP stellen sich selbst weniger als Partei, denn als Bewegung dar. Das äußert sich oft schon in der Namensgebung, bei der UMP steckt das Wort Bewegung bereits im Namen und die FPÖ machte in den 1990er Jahren den Versuch sich in „Freiheitliche Bewegung“ umzubenennen, um das Wort Partei aus dem Namen zu tilgen. Damit haben diese Parteien auf der symbolischen Ebene ihre Distanz und ihre Skepsis gegenüber etablierten Parteien zum Ausdruck gebracht. Die neue Qualität geht aber über die Namensgebung hinaus. Das drückt sich in neuen, abgestuften Formen der Mitgliedschaft aus, wo zwischen Unterstützern, Mitgliedern bzw. Aktivisten unterschieden wird. Auf der anderen Seite wurde die scheinbare Öffnung als Bewegungsform, von einer starken Hierarchisierung und Zentralisierung parteiinterner Strukturen begleitet. Innerparteiliche Entscheidungsprozesse wurden stark hierarchisiert und zentralisiert, die Willensbildung erfolgt eher von oben nach unten als umgekehrt. Entscheidungen über die programmatische Ausrichtung, sowie strategische und personelle Weichenstellungen werden in der Parteispitze getroffen.

Im besonderen Falle der italienischen Forza Italia wird die Partei nach unternehmerischen Prinzipien geführt. Angestellte von Berlusconis Konzern Fininvest⁷⁷ stellten einen großen Teil der Kandidaten, die Wahlkampfstrategie und Positionierung der FI wird nicht durch parteiinterne Willensbildungsprozesse, sondern weit über das übliche Maß hinaus von professionellen Umfragen und Marketingstrategien bestimmt. Die Kandidaten, Clubs und Mitglieder von Forza Italia stellen vielmehr ein Vertriebssystem dar, mit dem für das Produkt Berlusconi und Forza Italia geworben wird.⁷⁸

Auch wenn diese Formen der Zentralisierung und Professionalisierung bei Forza Italia eine extreme Variante darstellen, lassen sich auch bei den anderen Parteien der Rechten ähnliche Tendenzen erkennen. Sowohl bei der Lega wie bei der FPÖ hat die Hierarchisierung ausgeprägte Formen angenommen. Übergeordnete Instanzen haben in der Vergangenheit wiederholt stark in untergeordnete Parteigremien eingegriffen und zum Beispiel unliebsam gewordene Amtsträger aus der Partei entfernt. Diese Hierarchisierung und Zentralisierung der Parteien ging einher mit einer starken Personalisierung. Silvio Berlusconi, Nicolas Sarkozy oder die Anführer rechtspopulistischer Parteien wie Umberto Bossi, Pim Fortuyn, Jörg Haider oder Hans-Christian Strache haben als zentrale Führungspersönlichkeiten wesentlich zu den Mobilisierungserfolgen der Parteien beigetragen. Voraussetzung dafür war die strategische und organisatorische Ausrichtung der Partei auf diese Persönlichkeit. So setzte das Bündnis um Forza Italia im Wahlkampf 2001 gänzlich auf die Persönlichkeit Berlusconis und untersagte gar Wahlkreiskandidaten des Bündnisses mit ihrem eigenen Konterfei auf Plakaten zu werben.⁷⁹ Selbst bei der ÖVP, die diesen Trends nur bedingt folgte, wurde die Bedeutung einer zentralen Führungsfigur, Wolfgang Schüssel, und die an ihm ausgerichtete Kampagne für ihren Erfolg 2002 sichtbar.

⁷⁷ Zu der Unternehmensgruppe, die Berlusconis bzw. seiner Familie gehören, zählen mehrere großen Unternehmen, darunter ein Bank- und Versicherungsunternehmen, ein Verlag, eine Filmproduktionsfirma, der AC Mailand und mit Mediaset das größte private Fernsehunternehmen Italiens mit mehreren Fernsehsendern,

⁷⁸ Dreier, Volker: Forza Italia: Triumph der Telekratie? Zu Morphologie, Erfolg und Zukunft einer politischen Bewegung." Sozialwissenschaftliche Informationen 1994, **23** (4): 285-292.

⁷⁹ Donovan, Mark: Election report. A new republic in Italy? The May 2001 election. West European Politics 2001, **24**(4): 193-205.

Viele Parteien des rechten Lagers haben ihre Organisationsstrukturen und Wahlkampagnen auf eine zentrale charismatische Führungspersönlichkeit, die das Bild der Partei in der Öffentlichkeit bestimmt, ausgerichtet. Dadurch haben viele dieser Parteien aber auch entsprechend autoritäre Führungsstrukturen hervorgebracht. Dahinter zurück bleiben parteiinterne Willensbildungsprozesse und Demokratie. Die schlanken, hierarchischen Strukturen ermöglichen es den Parteien allerdings sehr flexibel auf Veränderungen zu reagieren und der Partei relativ autoritär programmatische und strategische Kurswechsel zu verordnen. Die starke Personalisierung bringt rechten Parteien im Moment zwar vor allen Dingen Vorteile, gerade hinsichtlich der Außenwirkung und Darstellung in den Medien, birgt aber auch Risiken. Denn bricht die charismatische Führungspersönlichkeit weg und bleibt ein Vakuum an der Parteispitze, das in einen Führungsstreit mündet, kann sich diese Strategie auch zu einem großen Nachteil verkehren. Das haben die Wahlniederlagen der FPÖ, nach Führungswechseln und parteiinternen Streitigkeiten, der ÖVP nach Wolfgang Schüssels Rückzug oder auch der Tod Pim Fortuyns, mit dem seine Partei kopflos zurückblieb, deutlich gezeigt.

Die neuen politischen Bündnispartner

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor für rechte Parteien war die Integration von oder Kooperation mit anderen Kräften des rechten Lagers. In vielen Ländern hat sich aufgrund veränderter Mehrheitsverhältnisse und Wettbewerbsstrukturen das Bündnis- und Koalitionsverhalten der Parteien und vor allem rechter Parteien verändert. Mitunter wurden Anpassungen der Bündnis- und Koalitionsstrategien durch das Wahlsystem gefördert. In Frankreich hat das Mehrheitswahlsystem und die Fragmentierung des rechten Lagers, insbesondere durch den Front National, die bürgerlichen Parteien gezwungen neue Bündnisstrategien zu entwickeln. In Italien wurden ebenfalls aufgrund des neuen Wahlsystems seit 1994 neue Bündnis- und Koalitionsstrategien erforderlich. In anderen Ländern wie Österreich, Dänemark oder den Niederlanden haben die veränderten Mehrheitsverhältnisse ein Umdenken bei den Koalitionsstrategien herbeigeführt.

Die veränderten Bündnis- und Koalitionsstrategien rechter Parteien sind ein wesentlicher Grund weshalb rechte Parteien derzeit und in den letzten Jahren so häufig die Regierung stellten. Die Strategien der rechten Parteien variierten aufgrund der unterschiedlichen institutionellen Voraussetzungen. In allen Fällen deuten die

neuen Bündnis- und Koalitionsstrategien aber auf eine Öffnung der etablierten konservativen und liberalen Kräfte hin. Vor allem eine Öffnung nach rechts, wie die in den Niederlanden, Österreich oder Italien erfolgte Beteiligung von Rechtspopulisten zeigt.

Wie stark die vorherrschenden politischen Mehrheiten von erfolgreichen Bündnisstrategien abhängen, wird am Beispiel Italiens besonders deutlich. Bereits 1994 gelang es Berlusconi die Lega Nord, die postfaschistische Alleanza Nazionale in ein Wahl- und Regierungsbündnis einzubinden. Eine strategische Allianz, insbesondere von Seiten der Lega Nord, die inhaltlich nicht viel mit ihren Bündnispartnern verband: Vor allem der Zentralismus und Nationalismus der AN standen dem Föderalismus und Regionalismus der Lega unversöhnlich gegenüber. Die erste Allianz hielt entsprechend kurz, die Lega scherte bald aus der Regierung aus. Bei den folgenden Wahlen 1996 trat sie eigenständig an und das neu formierte Mitte-Links-Bündnis Ulivo konnte den Wahlsieg nach Hause tragen. Unter genau umgekehrten Vorzeichen fanden die Wahlen 2001 statt: Das Mitte-Links-Bündnis bröckelte, während Berlusconi das Bündnis mit der Lega Nord und Alleanza Nazionale erneuern und damit in den Wahlkreisen den entscheidenden Stimmenvorteil für die Mandatsmehrheit gewinnen konnte. Der erneute Machtwechsel 2006 war wiederum von kurzer Dauer, da das Regierungsbündnis Prodis nach kurzer Zeit an internen Konflikten zerbrach und die Motivation der Wahlallianz, Berlusconi und sein Rechtsbündnis zu besiegen, für das gemeinsame Regieren eine unzureichende Grundlage darstellten. Das Rechtsbündnis Berlusconis konnte daraufhin gestärkt an die Macht zurückkehren.

Andere Beispiele für das gewandelte Koalitionsverhalten rechter Parteien sind Österreich und die Niederlande, wo mit der FPÖ und der Lijst Pim Fortuyn rechtspopulistische Parteien in die Regierungsverantwortung geholt wurden. In Österreich entschied sich die ÖVP 1999 erstmals zur Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ und setzte diese Koalition auch nach dem Vorzeitigen Scheitern der Regierungskoalition 2002 fort. Durch ihre neue Koalitionsstrategie ging die ÖVP als dominante Kraft hervor. Sie konnte damit nicht nur vorübergehend den Erfolg der FPÖ eindämmen, sondern konnte als einzige Partei zwischen mehreren Koalitionspartnern wählen. Dadurch erhielt die ÖVP wesentlich mehr Verhandlungsmacht in Koalitionsgesprächen und gewann innerhalb der Regierung

an Einfluss. Einen besonderen Fall stellt die Fusion unterschiedlicher Kräfte des rechten Lagers in der UMP in Frankreich dar. Eine Fusion, die durch die besonderen Umstände der Präsidentschaftswahlen 2002 begünstigt wurde, und die gaullistische RPR und Teile der UDF zu einer neuen Partei formierte. Doch obwohl die UMP zunächst als Sammlungsbewegung gegen den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Le Pen entstanden ist, gibt es auch hier deutliche Hinweise, dass auch Kräfte vom rechten Rand integriert wurden. So gibt es in der UMP Amts- und Mandatsträger, die einst dem Front National angehörten. Vertreter des bürgerlichen Lagers, die einst mit dem Front National kooperierten und Ende der 1990er Jahre deshalb aus ihren Parteien ausgeschlossen wurden, sind bei der UMP wieder in hohen Ämtern vertreten, wie zum Beispiel Jean-Claude Gaudin, der einst mit dem Front National kooperierte.

Vor diesem Hintergrund relativieren sich Strategien, die eine Öffnung und parteiübergreifende Zusammenarbeit über das gesamte politische Spektrum hinweg signalisieren sollen wieder. Mit der Einbindung von Experten, wie unter den Regierungen Berlusconi, oder von Politikern des anderen Lagers, wie mit Außenminister Kouchner in Frankreich, oder der Vertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen in der Regierung versuchen rechte Parteien Kompetenz und Offenheit zu demonstrieren, diese werden aber von der Rechtsorientierung ihrer Bündnis- und Koalitionsstrategien konterkariert.

So wichtig die Bündnisstrategien rechter Parteien für ihre Regierungsmehrheiten sind, so offensichtlich sind die Defizite linker Parteien hinsichtlich ihrer Bündnisstrategien. Eindrücklich belegen dies die Beispiele Italien und Frankreich. Linke Kräfte sind hier bis in kleinste Gruppierungen zersplittert. In Frankreich hat gerade die versäumte Kooperation linker Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen 2002 den Einzug Le Pens in die Stichwahlen ermöglicht und damit der heutigen Dominanz der UMP den Weg geebnet. Aus Bündnissen mit sozialdemokratischen Parteien gingen zum Beispiel kommunistische Parteien hingegen meist als Verlierer hervor. Die Gründe für das klägliche Scheitern linker Parteien in Bündnissen mit anderen Parteien und die organisatorische Zersplitterung müssten bei einer strategischen Neuausrichtung unbedingt Berücksichtigung finden. Von voreiligen Regierungsbeteiligungen, insbesondere als kleine Koalitionspartner, sollten linke Parteien absehen. Ihr Verhandlungspotential ist nicht nur aufgrund ihrer

Wahlergebnisse und parlamentarischen Kräfteverhältnisse, sondern auch wegen fehlenden Koalitionsoptionen denkbar gering.

Wichtige gesellschaftliche Bündnispartner rechter Parteien

Die wichtigsten gesellschaftlichen Träger bei Parteien des rechten Lagers, waren traditionell Unternehmen und unternehmensnahe Verbände. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Nach wie vor wird von rechten Parteien die Nähe zu Unternehmern und ihren Verbänden gesucht. Italien, wo führender Politiker und Unternehmer in einer Person, Berlusconi, vereint sind, stellt aber dennoch eine Ausnahme dar. Gängiger ist die starke Verflechtung von konservativen bzw. liberalen Parteien mit Unternehmen. Wie in Österreich, wo die ÖVP Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern dominiert und ihre wichtigsten gesellschaftlichen Bündnispartner traditionell die Unternehmerschaft, Selbständigen und Landwirte stellen. Obgleich auch österreichische Parteien überwiegend durch staatliche Zuwendungen finanziert werden, ist ein wichtiger Spender die Vereinigung Österreichischer Industrieller, die vor allen Dingen die ÖVP unterstützt, bis 1993 aber auch die FPÖ unterstützte.

Die Nähe rechter Parteien zu finanzstarken Unternehmen, die aus der Tradition und ideologischer Perspektive naheliegend ist, verschafft den Parteien enorme strategische Vorteile. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen sind heute die staatliche Parteienfinanzierung und Spenden die wichtigsten finanziellen Ressourcen der Parteien. Im Zusammenhang mit der Professionalisierung von Kampagnen und den gestiegenen Wahlkampfkosten ist die Nähe rechter Parteien zu finanzstarken Wirtschaftsverbänden oder Unternehmen deshalb ein klarer Vorteil. Umgekehrt muss davon ausgegangen werden, dass deren Einflussnahme bei den Parteien auch stärker geworden ist.

Bei Parteien christdemokratischer Prägung ist ein weiterer wichtiger Verbündeter auf gesellschaftlicher Ebene die Kirche, insbesondere die katholische Kirche. Bei Berlusconi, dessen Forza Italia das Erbe der Democrazia Christiana angetreten hat, wird derzeit offensichtlich wie sehr diese Unterstützung gesucht und genutzt wird, zuletzt im Fall der Sterbehilfe. Eine Unterstützung, die für die Wählermobilisierung in stark religiös geprägten Gesellschaften entscheidend sein kann.

Die Parteien des rechten Lagers sind allerdings hinsichtlich ihrer Verbindung mit diesen gesellschaftlichen Trägern sehr unterschiedlich gestellt. Traditionell starke konservative oder liberale Parteien erfahren in stärkerem Maße Unterstützung durch Unternehmen und ihre Verbände. Christdemokratische Parteien können stärker auf die Unterstützung der Kirchen zählen. Rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ sind in dieser Hinsicht dagegen schlechter gestellt. Teile der Kirchen gehören häufig zu den Trägern von Kritik und Protest gegen rechtspopulistische Parteien und zur Finanzierung umfangreicher Kampagnen und Wahlkämpfe sind diese in stärkerem Maße auf Privatvermögen, die einzelne Persönlichkeiten einbringen, angewiesen.⁸⁰

Gegenüber anderen wichtigen gesellschaftlichen Organisationen wie den Gewerkschaften ist die Haltung rechter Parteien nicht eindeutig. Entsprechend der unterschiedlichen Bedeutung und Funktion von Gewerkschaften in den einzelnen Ländern, fallen auch die Strategien der Parteien unterschiedlich aus. In Ländern mit politischen Richtungsgewerkschaften wie Italien oder Frankreich sind diese häufig Träger des Protestes gegen Regierungen des rechten Lagers. Gewerkschaften werden von rechten Parteien deshalb nach wie vor als Gegner angesehen. In Ländern mit Branchengewerkschaften, die in korporatistische Strukturen eingebunden sind, wie in Österreich durch die Sozialpartnerschaft, ist das Verhältnis weniger konfrontativ, da Gewerkschaften einen hohen Organisationsgrad und generell ein höheres Ansehen genießen. In der Tendenz überwiegen jedoch Versuche den gewerkschaftlichen Einfluss zurückzudrängen. Mit sehr unterschiedlichen Mitteln wie der Einbindung in politische Verantwortung, Versuche der Delegitimierung oder Spaltung, der Gründung eigener Arbeitnehmerorganisationen oder der Aufweichung korporatistischer Strukturen wurde versucht Gewerkschaften zu entmachten.⁸¹ In Italien war es der Berlusconi-Regierung seit 2000 gelungen die Gewerkschaften zu spalten und damit auch

⁸⁰ Genaue Angaben über die Finanzierungsquellen von Parteien sind selten zu finden. Zu Angaben über das Verhältnis unterschiedlicher Einnahmequellen bei den österreichischen Parteien siehe Sickinger, Hubert: Überlegungen zur Reform der österreichischen Parteienfinanzierung. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2002, **31**(1): 73-90. Zur Parteienfinanzierung in Frankreich siehe Bourrel, Sophie: Le financement des partis politiques et le Front National. In: Villalba, Bruno und Xavier Vandendriessche: Le Front National et le droit. Le Front National au regard du droit. Villeneuve d'Ascq 2002: 153-164.

⁸¹ Vgl. Tálos, Emmerich und Christian Stromberger: Verhandlungsdemokratische Willensbildung und korporatistische Entscheidungsfindung am Ende? Einschneidende Veränderungen am Beispiel der Gestaltung des österreichischen Arbeitsrechtes. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, **33** (2): 157-174.

politisch zu schwächen. In Österreich gelang es der ÖVP-FPÖ-Regierung hingegen den Einfluss der Sozialpartner auf die Regierungspolitik stark zu beschneiden. Insofern hat sich an der Gegnerschaft und der Absicht rechter Parteien Gewerkschaften zu entmachten offenbar nichts geändert. Gewerkschaften sind sogar häufig, wie in Italien oder Frankreich, wesentliche Träger des Protests gegen diese Regierungen und bieten damit gute Anknüpfungspunkt für linke Oppositionsparteien. Wie wichtig die Rolle von Gewerkschaften bei der Neuformierung der politischen Linken sein kann zeigt das Beispiel der Linkspartei in Deutschland.

Medien – Partner oder Opfer?

Neben den gesellschaftlichen Trägern spielen Medien eine zentrale Rolle im Prozess der Politikvermittlung. Dem Zusammenspiel von Medien und Politik kommt gerade in Wahlkämpfen und bei der Werbung um Wählerstimmen ein eminenten Stellenwert zu. Die Mediensysteme in den einzelnen Ländern sind sehr unterschiedlich und die Regulierung der politischen Werbung ebenfalls. Zwei wesentliche Trends bestimmten in der Vergangenheit nicht nur die Entwicklung der Mediensysteme, sondern veränderten auch das Verhältnis von Politik und Medien: Erstens die rückläufige Bedeutung von Printmedien, die dominierende Rolle des Fernsehens und die wachsende Bedeutung des Internets für die Politikvermittlung. Zweitens wurden staatliche Monopole insbesondere bei den elektronischen Medien zwar aufgebrochen und durch private Medien ergänzt, zugleich war gerade der private Medienmarkt von starken Konzentrationsprozessen gekennzeichnet. Die einst wichtige Parteipresse und Dominanz staatlicher Medien haben dadurch an Bedeutung verloren.

Beide Entwicklungen eröffneten politischen Akteuren neue Möglichkeiten der Kommunikation und strategische Optionen. In Kombination mit diesen Entwicklungen haben sich systematische Verzerrungen in der Medienberichterstattung, die sich aus der Medienlogik des Nachrichtenwerts, der einfachen Darstellung und Kosten für Werbung ergaben, zugunsten bestimmter politischer Akteure verstärkt:

- Regierungsparteien und große Parteien genießen eine höhere Sichtbarkeit.
- Parteien, die über ausreichende Ressourcen für kostspielige Fernseh- und andere Werbung verfügen.

- Kalkulierte Tabubrüche und Skandale fördern die mediale Aufmerksamkeit.
- Persönlichkeiten sind leichter darzustellen als politische Inhalte.
- Große Parteien werden durch staatliche Parteien- und Wahlkampfkostenerstattung begünstigt, die sich meist an deren elektoraler Stärke bemisst. Mitunter trifft das auch auf die staatliche Regulierung der Parteienwerbung zu.

Dadurch sind bestimmte politische Akteure, Kandidaten und Parteien, überdurchschnittlich präsent in den Medien. Rechte Parteien profitierten von diesen systematischen Verzerrungen besonders, angesichts ihrer Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen, aber auch aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung. Rechte Parteien, vor allem wenn sie als potentielle Regierungsparteien antreten, profitieren außerdem durch enge Beziehungen zu kapitalstarken Spendern, wie Unternehmen, da sie die erforderlichen Ressourcen für umfangreiche Wahlwerbung auch unabhängig staatlicher Finanzierungsquellen leichter aufbringen können. Neben diesen günstigeren, materiellen Voraussetzungen haben rechte Parteien aber auch ihre Strategien geschickter auf die Bedürfnisse der Medien ausgerichtet. Viele rechte Parteien haben sich an charismatischen Führungspersonlichkeiten, die von den Medien stark aufgegriffen werden, ausgerichtet.

Ein weiterer Aspekt, mit dem sich bestimmte Parteien des rechten Lagers immer wieder in die Medienöffentlichkeit brachten war ihr politischer Stil. Kalkulierte Tabubrüche und Provokationen, sei es mit geschichtsrevisionistischen Aussagen oder diffamierenden Angriffen auf politische Gegner, machten sich zunächst vor allem rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ zunutze, um mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Eine Strategie, derer sich mittlerweile auch Politiker anderer Parteien bedienen. Wie die zahlreichen verbalen Entgleisungen Berlusconis oder Sarkozys zeigen. Insofern gelang es einigen rechten Parteien und Politikern besser, sich den Erfordernissen einer medialen Öffentlichkeit anzupassen.

Eine weit bedenklichere Entwicklung ist die Verflechtung von Medien und Politik, die in unterschiedlichen Varianten in einigen Fällen zu beobachten ist. Besonders prominentes und herausragendes Beispiel dafür ist die Verschmelzung von Medien und Politik in der Person Berlusconis, der mit seinem Medienimperium die private Medienlandschaft - Rundfunk und Fernsehen - in Italien dominiert sowie im Verlagswesen eine wesentliche Marktmacht besitzt und damit Berichterstattung und Meinungsbildung zu seinen Gunsten manipuliert hat. Dass Berlusconi als

Regierungschef sowohl seine privaten wie auch die staatlichen Fernsehanstalten kontrolliert ist aus dem Grund, dass Medien nicht nur eine wichtige Informations-, sondern auch Kontrollinstanz in einer Demokratie sind, ein gravierendes Problem. Die medienpolitische Machtkonzentration hat damit in Italien einen kritischen Höhepunkt erreicht. Von einer pluralistischen Medienlandschaft ist Italien damit weit entfernt und die Kumulation institutionalisierter politischer und Medienmacht in einer Person wurde bislang allenfalls halbherzig angegangen.⁸²

Auch die in Frankreich von Staatspräsident Sarkozy vorangetriebene Medienreform weist in eine ähnlich bedenkliche Richtung. Durch die beabsichtigte Einschränkung der Werbung bei öffentlichen Fernsehsendern werden diese gegenüber privaten Fernsehsendern erheblich geschwächt. Außerdem soll der staatliche Zugriff, das heißt der amtierenden Regierung und des Präsidenten, auf die öffentlichen Fernsehsender wieder verstärkt werden. Abgesehen davon verfügt der derzeitige französische Präsident bereits über erhebliche Medienmacht durch seine engen persönlichen Kontakte.⁸³ Auch in Österreich hat die ÖVP-FPÖ-Koalition ihre Regierungszeit genutzt, die nach wie vor dominanten, staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten personell in ihrem Sinne zu besetzen, statt wie lange und oft von diesen Parteien gefordert den Einfluss der Parteien zurück zu drängen.

Neben den vorhandenen strukturellen und strategischen Nutzen, die rechte Parteien in der Vergangenheit ziehen konnten, wird offenbar zunehmend versucht die Medienlandschaft zu eigenen Gunsten zu manipulieren und die Vorherrschaft über den öffentlichen Diskurs zu festigen. Wenn diese Prozesse weiter fortschreiten, hätte dies, wie in Italien bereits erkennbar, zur Folge, dass die Politik die Medien, die Berichterstattung und Meinungsbildung bestimmt und sich der Prozess der Meinungsbildung gewissermaßen umkehrt. Linke Parteien müssen deshalb noch viel stärker wie bisher alternative Wege der Kommunikation, wie sie zum Beispiel das Internet bietet, suchen. Mit einem konzentrierten Einsatz ihrer Ressourcen sowie einer medienwirksamen strategischen Ausrichtung müssen sie außerdem versuchen einen Platz in den öffentlichen Diskursen zurück zu erobern. Dabei müssen gerade Parteien der Linken ihre Strategien unterschiedlichen Formen der Kommunikation

⁸² Ausführlicher dazu Krempf, Stefan: Das Phänomen Berlusconi. Die Verstrickung von Politik, Medien, Wirtschaft und Werbung. Frankfurt a. M. 1996.

⁸³ „Ein Netz von Freunden“ Süddeutsche Zeitung vom 08.05.2007, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/582/405360/text/>.

anpassen und anstelle komplexer Inhalte eine einfachere Sprache und Bilder einsetzen.

Die Gründe für die Dominanz der politischen Rechten

Viele rechte Parteien hatten in den letzten Jahren in doppelter Weise Erfolg: Erstens konnte das rechte Lager in den meisten westeuropäischen Ländern steigende oder anhaltend hohe Stimmenanteile auf sich vereinigen. Zweitens gelang es ihnen in vielen Ländern die erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten für die Regierungsbildung zu gewinnen. Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur. Die Mobilisierungserfolge liberaler, konservativer und rechtspopulistischer Parteien fallen sehr unterschiedlich aus. Die Wahlergebnisse dieser Parteien sind weder einheitlich und noch über die Zeit stabil. Nur rechtspopulistischen Parteien ist es gelungen tatsächlich ihre Wählerbasis auszuweiten. Etablierte liberale und konservative Parteien mussten dagegen schon länger einen Schwund ihrer Wählerschaften hinnehmen, konnten ihre Stimmenanteile aber in den letzten Jahren auf niedrigerem Niveau konsolidieren. Für die einzelnen Parteien im rechten Lager hat die Konkurrenz um Wählerstimmen erheblich zugenommen, was die starke Wählerfluktuation zwischen liberalen, konservativen und rechtspopulistischen Parteien zeigt. Die Wahlerfolge des rechten Lagers waren deshalb in den meisten Fällen geteilte Erfolge und durch die Mobilisierungsdefizite sozialdemokratischer und linker Parteien begünstigt.

Dennoch bleibt die Frage im Raum was die Gründe für Mobilisierungserfolge, bzw. die Verhinderung von Misserfolgen sind. Dabei fallen sowohl die programmatischen wie strategischen Ausrichtungen dieser Parteien ins Gewicht, mit denen es liberalen, konservativen oder rechtspopulistischen Parteien besser gelingt WählerInnen anzusprechen. Allen voran die Erfolge rechtspopulistischer Parteien werden darauf zurückgeführt, dass sie sich mit neuen Themen und Positionen gegenüber etablierten Parteien profilieren konnten. Verdrossenheitsmomente und Statusängste in der Wählerschaft haben diese Parteien mit fremdenfeindlichen, wohlfahrtschauvinistischen, law-and-order-Positionen sowie einer ausgeprägten Kritik an etablierten Parteien aufgegriffen und damit Stimmen gewonnen. Eine Entwicklung, die zu Lasten der etablierten Parteien ging. Den meisten konservativen und einigen liberale Parteien ist es aber gelungen diese Themen in ihr politisches

Programm zu integrieren. Dazu zählen insbesondere sicherheits- und migrationspolitische Themen, bei denen sich die Parteien deutlich rechtspopulistischen Positionen angenähert haben. Das hatte zur Folge, dass sich inzwischen höchst restriktive Migrationsmodelle oder eine ausgreifende Politik der inneren Sicherheit zu Lasten individueller Rechte und Rechtsstaatlichkeit in den Regierungspolitiken niedergeschlagen haben. Aufgrund ihrer ideologischen Traditionen konnten vor allem konservative Parteien diese neuen Themen und entsprechend restriktive Positionen müheloser in ihre Programmatik integrieren wie linke Parteien. Grundprinzipien wie Leistung und Wettbewerb, ein minimalistisches und eingeschränktes Gleichheitsverständnis, einen auf wesentliche Aufgaben reduzierten Staat, der in seinen Kernaufgaben aber durchaus als „starker Staat“ auftritt, die Rückbesinnung auf das Nationale und christliche Werte sind heute zentrale Programmpunkte und die Schnittmenge rechter Parteien. Linke Parteien haben dagegen offenbar größte Schwierigkeiten dem neuen Wertekanon der politischen Rechten etwas entgegenzusetzen bzw. ihre alternativen Vorstellungen zu kommunizieren.

Mit der programmatischen Ausrichtung einher gingen auch strategische Wandlungen rechter Parteien, wobei vor allem gewandelte Organisationsstrukturen und deren Zuspitzung auf zentrale Führungspersonlichkeiten ein wesentlicher Erfolgsfaktor darstellt. Darüberhinaus wurde die Koppelung mit bestimmten einflussreichen gesellschaftlichen Bündnispartnern intensiviert. Die Koppelung von Parteien mit privatwirtschaftlichen Unternehmen und mit den Medien erweist sich in einigen Fällen, wie Italien oder Frankreich, inzwischen als problematisch, da es zur Konzentration, medialer, wirtschaftlicher und politischer Macht kommt.

Demokratische Institutionen und Verfahren wurden von rechten Regierungen dagegen zusehends ausgehebelt und die Gefahr, dass an ihre Stelle eine populistische Scheindemokratie tritt ist groß. Bürger werden zwar zu Abstimmungen gerufen und augenscheinlich in Entscheidungen eingebunden, allerdings auf Grundlage mangelnder Informationen und eines stark manipulierten Meinungsbildes. Insofern verhilft diese Machtkonzentration möglicherweise dazu die Vorherrschaft rechter Parteien weiter zu festigen.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor waren die Anpassungen von Bündnis- und Koalitionsstrategien. Die Präsenz rechter Parteien in Regierungen erklärt sich nur

zum Teil durch ihre Wahlerfolge, ausschlaggebender waren in vielen Fällen die Bündnis- und Koalitionsstrategien. Etablierte konservative und liberale Parteien, die oft selbst einen deutlichen Schwund ihrer Wählerbasis und Stimmenanteile durch neue politische Kräfte wie rechtspopulistische Parteien hinnehmen mussten, haben ihre Bündnis- und Koalitionsstrategien erfolgreich angepasst und erweitert. Insbesondere die Öffnung ihrer Koalitionsstrategien zu rechtspopulistischen Parteien stellte eine Neuerung dar. Liberale Parteien wie die niederländische VVD oder konservative Parteien wie die ÖVP, sicherten sich damit die Regierungsbeteiligung und eine mächtigere Verhandlungsposition.

Wie stark diese strategischen Weichenstellungen, die Professionalisierung und Zentralisierung der Parteien, die Personalisierung von Kampagnen und die Kooperationsstrategien den Erfolg rechter Parteien in der jüngeren Vergangenheit beeinflussten, zeigen die Momente des Misserfolgs rechter Parteien sowie linker Parteien. Zersplitterung, Führungsstreitigkeiten, parteiinterne Konflikte, die mangelnde Kohäsion ihrer Bündnisse und Koalitionen sowie wegbrechende gesellschaftliche Kooperationspartner und Strukturen, wie Vorfeldorganisationen, Gewerkschaften oder die lokale Verwurzelung, haben wesentlich zur Erosion der elektoralen Basis linker Parteien beigetragen. Dabei scheint es ein nennenswertes Wählerpotential zu geben, dass keine politische Heimat hat und dass aufgrund sozialstruktureller Merkmale sowie Einstellungsmuster, wie verbreiteter Verdrossenheitsmomente und Statusverlustängste, durchaus linken Gesellschaftskonzeptionen zugänglich sein müsste. Doch dazu scheint auch eine programmatische Anpassung linker Parteien erforderlich, die einerseits alternative Lösungen zu aktuellen Problemlagen bereithalten müsste, die sich deutlich von den Lösungsangeboten rechter Parteien unterscheiden und andererseits die wesentlichen Probleme der Wähler, vor allem ihre ökonomische Perspektive bzw. Perspektivlosigkeit, im Blick behält. Noch wesentlicher dürften jedoch strategische Anpassungen sein. Vor allem die Kommunikation mit potentiellen WählerInnen müsste effizienter gestaltet werden. Die alternativen Lösungsvorschläge zu vermitteln und damit ein positives Image linker Parteien widerherzustellen muss wesentliches Ziel neuer Strategien sein. Eine effektivere Mobilisierungsstrategie würde aber auch eine Reorganisation vor allem hinsichtlich parteiinterner Konfliktlösungsmuster und ein Mindestmaß von Geschlossenheit bei linken Parteien voraussetzen. Ein „Fischen“ im rechten Lager, ob es um nationalprotektionistische

Positionen oder WählerInnen rechter Parteien geht, scheint angesichts der starken Konkurrenz liberaler, konservativer und rechtspopulistischer Parteien und aus ideologischen Gründen, die am wenigsten zu empfehlende Strategie.

Um erfolgreiche, linke Strategien zu entwickeln und für einzelne Fälle konkretere Empfehlungen geben zu können, wäre eine entsprechende Analyse erfolgreicher und erfolgloser linker Parteien im Vergleich sicherlich gewinnbringend, um die Gründe für ihr Scheitern oder ihren Erfolg besser zu kennen. Desweiteren wäre eine gezielte Analyse der Wählerschaften sicherlich hilfreich, um das immer größer werdende Potential der Nicht- und WechselwählerInnen besser zu erschließen.

Weiterführende Literatur

Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2002, **31** (3): 251-264.

Braun, Michael: Populismus an der Macht. Das Phänomen Berlusconi. *Internationale Politik und Gesellschaft* 2003 (3): 110-133.

Butterwegge, Christoph und Gudrun Hentges: Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik. Wiesbaden 2006³.

Cautrès, Bruno und Nonna Mayer (Hg.): *Le nouveau désordre électoral. Leçons du 21 avril 2002*. Paris 2004.

Decker, Frank: *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen 2004².

Decker, Frank (Hg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006.

Duncan, Fraser: A decade of christian democratic decline: The dilemmas of the CDU, ÖVP and CDA in the 1990s. *Government and Opposition* 2006, **41** (4): 469-490.

Evans, Jocelyn (Hg.). *The French party system*. Manchester/New York 2003.

Frölich-Steffen, Susanne und Lars Rensmann (Hg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien 2005.

Frölich-Steffen, Susanne: Die Identitätspolitik der FPÖ : Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2004, **33** (3): 281-295.

Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus: Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden 2006.

Heinisch, Reinhard: Success in opposition - failure in government: explaining the performance of right-wing populist parties in public office." *West European Politics* 2003, **26** (3): 91-130.

Helms, Ludger: Governing in the media age: The impact of the mass media on executive leadership in contemporary democracies." *Government and Opposition* 2008, **43** (1): 26-54.

Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen 2003³.

Kempf, Udo: *Das politische System Frankreichs*. Wiesbaden 2007⁴.

Lavenex, Sandra: Shifting up and out: The foreign policy of European immigration control. *West European Politics* 2006, **29** (2): 329-350.

Lewis-Beck, Michael S. (Hg.): *The French voter. Before and after the 2002 elections*. Houndmills/Basingstoke/Hampshire/New York 2004.

Mazzolini, Gianpietro et al.: *The media and neo-populism. A contemporary comparative analysis*. Westport 2003.

Mudde, Cas: The war of words: Defining the extreme right party family." *West European Politics* 1996, **19** (2): 225-248.

- Mudde, Cas: Liberal democracies and the extremist challenges of the early 21st Century. Online-Publikation 2003: <http://www.extremismus.com/texte/demo2.htm>.
- Niedermayer, Oskar, Richard Stöss und Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Opladen 2006.
- Pedersen, Karina: The 2005 Danish general election: A phase of consolidation. West European Politics 2005, **28** (5): 1101-1108.
- Picker, Ruth, Brigitte Salfinger und Eva Zegloviths: Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1986-2004). Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, **33** (3): 263-279.
- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Franz Sommer (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien 2000.
- Plasser, Fritz und Gunda Plasser: Global political campaigning. A worldwide analysis of campaign professionals and their practices. Westport 2002.
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (Hg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien 2003.
- Pütz, Christine: Parteienwandel in Frankreich. Präsidentschaftswahlen und Parteien zwischen Tradition und Anpassung. Wiesbaden 2004.
- Rydgren, Jens: Explaining the emergence of radical right-wing populist parties: The case of Denmark. West European Politics 2004, **27**(3): 474-502.
- Rydgren, Jens: The populist challenge. Political protest and ethno-nationalist mobilization in France. New York 2004.
- Schain, Martin A.: The extreme-right and immigration policy-making: measuring direct and indirect effects. West European Politics 2006, **29** (2): 270-289.
- Surel, Yves und Yves Mény (Hg.): Democracies and the populist challenge. Basingstoke 2002.
- Swank, Douane und Hans-Georg Betz: Globalization, the welfare state, and right-wing populism in Western Europe. Socio-Economic Review 2003 (1): 214-245.
- Urbat, Jens: Rechtspopulisten an der Macht: Silvio Berlusconis Forza Italia im neuen italienischen Parteiensystem. Berlin/Hamburg/Münster, 2007.
- Vernet, Daniel: Krise der Demokratie. Der Vormarsch des Rechtspopulismus in Frankreich." Internationale Politik 2003, **58** (4): 29-32.
- Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen 2003.

Internetquellen:

- Alleanza Nazionale : <http://www.alleanzanazionale.it/>
- Bündnis Zukunft Österreich : <http://www.bzoe.at/>
- CEVIPOF : <http://www.cevipof.msh-paris.fr/PEF/2007/PEF2007.htm>
- EREPS. Extreme right electorates and party success : <http://www.politik.uni-mainz.de/ereps/>

Extremismus und Demokratie : <http://www.extremismus.com>
Forza Italia: <http://www.forzaitalia.it/>
Französische Nationalversammlung : <http://www.assemblee-nationale.fr>
Freiheitliche Partei Österreichs : <http://www.fpoe.at/>
Front National: <http://www.frontnational.com/>
Lega Nord : <http://www.leganord.org/>
Liberales Forum : <http://www.liberales.at/>
Migration-info.de : <http://www.migration-info.de/>
Mouvement Démocrate : <http://www.mouvementdemocrate.fr/>
Parties and elections in Europe : <http://www.parties-and-elections.de/>
Migration Policy Group : <http://www.migpolgroup.com/infopages/2694.html>
Österreichisches Parlament : <http://www.parlinkom.gv.at/PD/HP/show.psp>
Österreichische Volkspartei : <http://www.oevp.at/index.aspx?pageid=35298>
Union pour un mouvement populaire : <http://www.u-m-p.org/site/index.php>